Deutsche Post AG
Postvertriebstück
D 6134 E
Gebühr bezahlt

express

Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

Nr. 2/2012, 50. Jahrgang ■ www.express-afp.info ■ www.labournet.de/express ■ ☎ (069) 67 99 84 ■ ISSN 0343-5121 ■ Preis: 3,50 Euro

Auf den Kopf gestellt

Mark Brenner* zum Verhältnis von Gewerkschaften und Occupy

Das Verhältnis von Gewerkschaften und Occupy-Bewegung stellt sich in den USA anders dar als in Deutschland. Das hängt sowohl an der jeweiligen Occupy-Bewegung als auch an der jeweiligen Gewerkschaftslandschaft. Wir dokumentieren hier eine – ziemlich euphorische – Einschätzung zum Einfluss der Occupy-Bewegung auf die Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung von Mark Brenner und stellen diese der sehr viel skeptischeren Position von Evan Rohar, beide Mitarbeiter bei Labornotes, auf Seite 2ff. gegenüber.

Anfangs war es nur ein Campieren mehrerer hundert, meist junger Leute in New Yorks Finanzviertel. Inzwischen hat sich die Bewegung zu einem globalen Protest gegen die unkontrollierte Macht der Konzerne und die erschütternde Ungleichheit bei der Verteilung der Einkommen ausgewachsen. In knapp einem Monat wurde Occupy Wall Street zu einem starken Symbol für das, was alles nicht stimmt mit der US-Ökonomie, von hoher Arbeitslosigkeit bis hin zu erdrückenden Schulden der Studierenden.

Dank anhaltender Proteste sind die Banker und Milliardäre wieder ins Scheinwerferlicht gerückt – dafür, dass sie den Finanzcrash provoziert haben und nun der Allgemeinheit die Rechnung aufbürden. Im ganzen Land, von Maui bis Maine, finden Occupy-Aktionen statt. Und am 15. Oktober wurde der Protest global – mit abgestimmten Demonstrationen in über 1 000 Städten in 87 Ländern.

Viele Gewerkschaften wurden nach zwei Wochen Zögern zu enthusiastischen Unterstützern von Occupy Wall Street. Sie veranstalteten Kundgebungen, organisierten gemeinsame Aktionen und stellten den Occupy-AktivistInnen Essen, Decken und medizinische Versorgung zur Verfügung. »Wir haben Occupy Wall Street unterstützt, weil wir die Aussagen der Protestierenden zu 99 Prozent teilen«, stellt Marvin Holland fest, verantwortlich für kommunale Aktionen beim Local 100 der *Transport Workers Union* (TWU). Das Local vertritt 38 000 Bus- und U-Bahn-Fahrer. »Sie haben absolut recht: Die Banken haben das Problem verursacht.« Holland betont, dass Teile der TWU-Basis bei den Protesten von Anfang an dabei waren.

Seit die Protestierenden am 17. September den Zucotti-Park in New York besetzten, haben die AFL-CIO, gut zwei Dutzend landesweite Gewerkschaften sowie ungezählte lokale Mitgliedsgewerkschaften Occupy Wall Street unterstützt.

Der Debatte eine neue Richtung geben

Die Arbeiterbewegung hat Occupy Wall Street zu ihrer Herzensangelegenheit gemacht, weil dieser Bewegung gelungen ist, was die Gewerkschaften nicht geschafft haben: die Aufmerksamkeit des Landes wieder auf die zu richten, die den größten wirtschaftlichen Zusammenbruch seit der Großen Depression zu verantworten haben, und auf die Frage, wer dafür bezahlen muss, den Schlamassel aufzuräumen.

Zweieinhalb Jahre lang kam die Arbeiterbewegung nicht aus der Defensive heraus: Da waren die staatlichen Finanzspritzen für die Autoindustrie, die Gesundheitsreform und die Rede von den ›gierigen‹ Beschäftigten des öffentlichen Sektors. Die Gewerkschaften haben unter Aufwendung unbezifferbarer Energien und Ressourcen versucht, die öffentliche Meinung in eine andere Richtung zu drehen. Von der Kundgebung »One Nation« im Herbst 2010 bis zu den Solidaritätsaktionen der AFL-CIO mit den Protestierenden von Wisconsin im April 2011 [s. Berichte in *express*, Nr. 5 und 6/2011] hat die Arbeiterbewegung sich abgemüht, die donnernde Rhetorik vom alternativlosen Sparen und den gierigen Gewerkschaften zum Schweigen zu bringen.

Einige Gewerkschaften – allen voran die Service Employees mit ihrer Kampagne »Fight for a Fair Economy« (Kämpft für eine gerechte Wirtschaft) und die Gewerkschaft der Krankenschwestern und -pfleger *National Nurses United* mit der Kampagne »Main Street Contract for America« (mit Forderungen wie Existenzlöhne, bezahlbare Bildung und Gesundheitsversorgung sowie gewerkschaftliche Organisierung für alle) – haben die Neuorientierung der Debatte über die US-Ökonomie zur zentralen Stoßrichtung ihrer Aktivitäten gemacht. Aber abgesehen von den Unruhen in Wisconsin hat keine der gewerkschaftlichen Bemühungen das Bewusstsein der Menschen im Land so aufgerüttelt wie Occupy Wall Street.

»Die Bewegung hat wirklich einen Nerv getroffen und vieles ausgelöst«, sagt Jason Chambers. Er hat zehn Jahre lang in einer Stahlfabrik gearbeitet und ist nun Zeltaktivist der ersten Stunde mit Occupy Boston auf dem Dewey Square. »Die Leute haben einfach genug davon, dass die Banken mit Steuergeld gerettet wurden und jetzt immer noch nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Gleichzeitig stehen im ganzen Land unsere Rechte unter Beschuss.«

Angesichts der Occupy-Bewegung mussten sich GewerkschaftsaktivistInnen umstellen. Sie waren das Fehlen klarer Forderungen oder eindeutig identifizierbarer Führungsfiguren nicht gewohnt. Etlichen hat das neue Hori-

Fortsetzung auf Seite 2 unten

GEWERKSCHAFTEN INLAND

»Verstand ist stets bei Wenigen nur gewesen«, Interview mit Wolfgang Däubler S. 4

Wolfgang Völker: »Sympathy for the devil«, Organizing in Gemeinden und Betrieben – Bericht vom Sozialistischen Salon in Hamburg S. 6

Aufruf der Frankfurter Aktionskonferenz: »Maifestspiele« S. 8

BETRIEBSSPIEGEL

Michael Clauss: »Daimler-Leiharbeitsquote unzulässig?!«, neues Gesetz und EU-Richtlinie für Leiharbeit S. 4

Geert Naber: »Spitzenergebnis?«, über den Tarifabschluss bei der Deutschen Post S. 6

INTERNATIONALES

Mark Brenner: »Auf den Kopf gestellt«, zum Verhältnis von Gewerkschaften und Occupy in den USA S. 1

Evan Rohar: »Ein kompliziertes Verhältnis«, Hafenblockade löst hitzige Debatte zwischen Gewerkschaften und Occupy aus S. 2

Interbrigadas: »Kampf um Kontrolle«, Finanzkrise und alternative demokratische Wirtschaftsmodelle in Venezuela S. 11

Said Hosseini: »Revolution im Prozess«, zu gesellschaftlichen Hintergründen der »arabischen Revolte«, Teil II S. 14

REZENSION:

Wolfgang Völker: »Bedingt unbedingt«, zu Anne Allex/Harald Rein (Hg.): »Den Maschinen die Arbeit ... uns das Vergnügen!« S. 8

Bildnachweise:

Die Photos dieser Ausgabe zeigen den aktuellen Stand der Arbeiten auf der Baustelle der EZB in Frankfurt am Main, die verschraubten Visionen der Bauherren und ihrer Architekten Coop Himmelb(l)au sowie Bilder der von Martin Elsaesser entworfenen, denkmalgeschützten ehemaligen Großmarkthalle, die durch geschickte Integration zum Verschwinden gebracht wurde. Der Platz diente während des NS als Sammelstelle für die Deportation der jüdischen Bevölkerung.

In eigener Sache:

Trotz wiederholtem Abschied vom Proletariat: Wir feiern! 50 Jahre express – gemeinsam mit Euch. Seid herzlich eingeladen, merkt's Euch, kommt zahlreich. Wir freuen uns auf Rück- und Ausblicke mit Euch am 16. Juni 2012 in Frankfurt a.M.

Auf Kosten des Arbeitgebers

Der express liegt viel zu wenig in den **Betriebsratsbüros** aus.

Betriebsräte können das ändern, einige machen's auch schon länger:

Der express kann als **Arbeitsmittel** auf Beschluss des Betriebsrates bezogen werden, sofern es für die Arbeit erforderlich ist. Die Kosten hat der Arbeitgeber nach § 40, Abs. 2 BetrVG zu tragen.

Ein kompliziertes Verhältnis

Hafenblockade löst hitzige Debatte zwischen Gewerkschaften und Occupy aus – von Evan Rohar

Im November letzten Jahres hatten wir im express den Aufruf zur Blockade der Häfen an der Westküste Nordamerikas dokumentiert. Herausgewagt hatte sich damit nicht etwa die Hafen- oder Transportarbeitergewerkschaft ILWU, sondern die Occupy-Oakland-Vollversammlung. Und das war, so sehen es einige Gewerkschaftsaktivisten, genau das Problem. Andere GewerkschafterInnen freuten sich über diesen »Tritt in den Hintern«, den die »trägen Organisationen nötig hatten«. Wir dokumentieren hier die komplizierte Debatte über Demokratie und Selbstbestimmung in den Gewerkschaften und zwischen Gewerkschaft und Occupy-Bewegung aus den Labornotes. Auch die deutsche Occupy-Bewegung sucht – das zeigte die Aktionskonferenz in Frankfurt (siehe Aufruf S. 8) – den Kontakt zu den Gewerkschaften bzw. zur Arbeiterbewegung und umgekehrt – beide lernen hoffentlich das Richtige von den US-KollegInnen...

Zum zweiten Mal innerhalb eines Monats rief die Occupy-Bewegung zu Massenaktionen auf, um den Betrieb in den Häfen stillzulegen. Dieses Mal nahm sie die gesamte Westküste Nordamerikas ins Visier.

Die Versammlung von Occupy Oakland nahm einstimmig einen Vorschlag vom 18. November an, der »eine Blockade und Störung des ökonomischen Apparats des einen Prozent durch eine koordinierte Stilllegung der Häfen an der gesamten Westküste am 12. Dezember« forderte. (Versammlungen/Asambleas sind Treffen, die allen offenstehen, dort werden auf konsensualer Basis Entscheidungen für Occupy-Gruppen getroffen.)

In Oakland bildeten tausende DemonstrantInnen um sechs Uhr morgens Streikposten und legten so zwei Terminals still, an denen Schiffe auf Abfertigung warteten. Wenn es eine Streikpostenkette gibt, haben die Mitglieder der *International Longshore and Warehouse Union* (ILWU), die hauptsächlich HafenarbeiterInnen vertritt, das vertraglich verbriefte Recht, die Arbeit niederzulegen und eine SchlichterIn anzurufen, die bzw. der entscheidet, ob eine Gefährdung ihrer Sicherheit vorliegt oder nicht.

Das Schlichtungsergebnis besagte, dass die Gewerkschaftsmitglieder die Streikpostenkette nicht durchbrechen müssen, so dass diese mit vier Stundenlöhnen für ihr Erscheinen nach Hause gingen. Das Verhältnis zwischen DemonstrantInnen und Longshore-ArbeiterInnen war herzlich, als die OccupistInnen jenen halfen, die im Stau steckten. Trotz großer Polizeipräsenz kam es nicht zu Verhaftungen.

Fortgesetzte Demonstrationen legten die Nachtschicht lahm und zwangen die ArbeitgeberInnen, eine 3-Uhr-Schicht abzusagen. Hunderte bildeten im Hafen von Portland Streikposten und versperrten während der Tag- und Nachtschichten zwei Terminals. Einhundert Protestierende von Occupy Longview (Washington) brachten den Betrieb in ihrem Hafen tagsüber zum Stillstand, in Seattle blockierte ein Streikposten am Nachmittag ein Terminal. In Kanada störte Occupy Vancouver den Tag hindurch den Betrieb in mehreren Terminals und im ganzen Land veranstalteten Occupy-AktivistInnen Solidaritätskundgebungen. Ernesto Nevarez, ein Organizer der Lkw-Fahrer im Hafen, berichtete, dass in den riesigen Häfen von Los Angeles und Long Beach die Lkw-Fahrer ihrer Arbeit über Stunden fernblieben, während sich knapp eintausend Demonstrierende an den Hafentoren versammelten.

Brüche

Die Occupy-AktivistInnen erklärten, ihre Aktion erfolge in Solidarität mit dem Kampf der Longshore-Mitglieder in Longview gegen den Betreiber des Getreideterminals EGT. Die Firma hatte sich geweigert, ILWU-Mitglieder anzustellen – eine Auseinandersetzung, in deren Verlauf Gewerkschaftsmitglieder aus dem Nordwesten das Hafenterminal übernommen und Getreide auf die Eisenbahnschienen gekippt hatten.

Ursprünglich hatten die Occupy-Aktiven die Stilllegung geplant, ohne sich zuvor mit der ILWU abzusprechen. Die ILWU stellte daraufhin am 6. Dezember in einer Erklärung gegenüber ihren Mitgliedern und Bündnispartnern ihre Unterstützung für die Aktion in Abrede und behauptete ihr Vorrecht im Kampf gegen EGT. »Die ILWU hat eine lange demokratische Geschichte,« schrieb deren Vorsitzender Bob McEllrath. »Teil dieser historisch gewordenen demokratischen Strukturen ist das hart erkämpfte Recht, unseren eigenen Weg zum Sieg zu entwickeln.«

Mitglieder der Occupy-Bewegung interpretierten die Distanzierung der Gewerkschaft im günstigsten Fall als rechtliche Vorsichtsmaßnahme gegen Geldstrafen, die drohen könnten, wenn eine Arbeitsniederlegung gegen die tarifvertraglich festgelegten Streikregularien verstoßen würde. Im schlechtesten Fall sahen sie die Distanzierung als Folge einer Ängstlichkeit der Gewerkschaft, die aus den Jahrzehnten des Rückzugs und der Identifizierung mit den Interessen der ArbeitgeberInnen geboren sei.

Mitglieder und FunktionärInnen der ILWU wiederum drückten ihre Besorgnis darüber aus, wie zu der Hafenstilllegung aufgerufen worden sei und fragten, warum die Occupy-Bewegung zu einer Blockade aufgerufen habe, ohne sich mit denjenigen zu beraten, auf die sich diese Aktion am direktesten auswirke.

SprecherInnen von Occupy hielten dem entgegen, dass sie sich nach dem Aufruf an Gewerkschaftsmitglieder gewandt hätten. Kari Koch von Occupy Portland berichtete, dass sie eine ganze Woche lang bei Schichtwechsel am Hafen Flugblätter austeilten. »Wir würden diese Aktion nicht durchziehen, wenn wir nicht die Unterstützung von der Basis hätten«, so Koch. Die Occupy-AktivistInnen hatten jedoch nicht das zuständige Local 8 in Portland angerufen, sagt sie. Vielmehr schrieben sie eine Email. Sie befürchteten, dass der Ortsverband rechtlich zur Verantwortung gezogen werden könnte, wenn er sich mit den Protestierenden abstimmen würde. Tage vor den Protesten dort hatte der zuständige Vorsitzende Jeff Smith erklärt, »die Funktionäre des Local 8 unterstützen die Aktion nicht«.

Während es sicherlich richtig ist, dass die Gewerkschaftsbewegung einen ›Tritt in den Hintern‹ braucht – und hier haben die OccupistInnen sich fleißig angestrengt, die richtige Stelle zu treffen – sagen die Mitglieder und FunktionärInnen der ILWU, dass Demokratie in Bewegungen – Gewerkschaften und Occupy gleichermaßen – bedeute, die Betroffenen mitreden zu lassen und nicht von deren Teilnahme oder Unterstützung auszugehen, nur weil eine Aktion gerechtfertigt ist.

Doch wie Mike Parker, Aktivist der *United Automobile Workers* in der Bay Area im Ruhestand und Ko-Autor des Buches *Democracy is Power*, erläutert, sind die meisten Streiks für irgend jemanden, inklusive anderer ArbeiterInnen, unbequem. Ihr Erfolg hänge davon ab, dass alle von einem Streik betroffenen ArbeiterInnen die Streikaktivitäten anerkennen, ob sie nun finden, dass sie angemessen gewarnt wurden oder nicht.

Andere in der Occupy-Bewegung engagierte GewerkschafterInnen finden, die ILWU solle erkennen, dass es notwendig ist, taktisch flexibel zu sein. »Die Occupy-Bewegung bedient sich einfach der ArbeiterInnengeschichte«, so Robbie Donohoe, Mitglied der *Electrical Workers* und aktiv an der Organisation der Stilllegung beteiligt. »Wir machen es für die ArbeiterInnen sicherer, die Grenzen jener Gesetze auszutesten, die geschaffen wurden, um zu garantieren, dass die Zügel der Macht fest in den Händen des einen Prozent liegen.«

Los geht's

Unabhängig davon, ob die Führung der ILWU die Stilllegung unterstützte oder nicht, haben sich GewerkschafterInnen mit anderen in dem politischen Kontext direkt dafür engagiert, dass sie gelingt.

Der Vorstand der *Oakland Education Association* unterstützte den Aufruf und dessen Vorsitzende Betty Olsen Jones teilte gemeinsam mit Occupy-Aktiven und Gewerkschaftsmitgliedern Flugblätter an Lkw-Fahrer im Hafen aus.

Die Lkw-Fahrer, großteils Migranten, die als »selbstständige Vertragsnehmer« Frachtgut in und aus den Häfen transportieren, werden rechtlich daran gehindert, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Einige kritisierten die Hafenstilllegung am 2. November in Oakland, weil die Lkw-Fahrer nicht auf die riesige Demonstration vorbereitet waren, der es schließlich gelang, den Hafen stillzulegen und in der viele der Lkw-Fahrer stundenlang gefangen waren. In Ermangelung einer Gewerkschaft haben sie kaum Strukturen, die sie um Unterstützung bitten können.

Anthony Levierge vom ILWU-Ortsverband 10 in der Bay Area und ein halbes Dutzend ArbeiterInnen von der Basis teilten Flugblätter aus und legten anderen Mitgliedern die Gründe für die Stilllegung dar. »Es gibt alle möglichen Meinungen dazu«, meint er und fügt hinzu, dass er denkt, die Mitglieder würden »der Geschichte und dem Erbe des Kampfes der Gewerkschaft für soziale Gerechtigkeit, für die ILWU-Mitglieder hart gestritten haben, alle Ehre tun«.

Traditionell erkennt die Hafengewerkschaft an der Westküste an, wenn es um eine gute Sache geht. Doch die Frage, wie über diese Aktionen entschieden wird – und wie sie gegenüber multinationalen ArbeitgeberInnen, die Millionen von Dollar in Form von Waren durch die Häfen bewegen, tatsächlich zum Tragen gebracht werden – ist eine schwierige Angelegenheit.

Samantha Levens, Mitglied der Bay-Area-ILWU, sprach ihre Unterstützung für das Ziel der Occupy-Bewegung – der Macht der Firmen gegenüberzutreten – aus, aber nicht für ihre Herangehensweise bei dieser Aktion. Ihr zufolge hätten Aufklärung und Vorbereitung unter den Mitgliedern oberste Priorität haben

---

Fortsetzung von Seite 1

zonte eröffnet: »Bei der Vollversammlung von Occupy Boston habe ich zum ersten Mal in meinem Leben echte Demokratie erlebt«, berichtet Chambers, Stahlarbeiter in der dritten Generation, eingefleischter Fan des lokalen Eishockey-Teams und, wie er selbst sagt, »ein ganz normaler Typ«. Die Erfahrung mit der Occupy-Bewegung hat auf ihn und seine Kollegen tiefen Eindruck gemacht: »Meine Entscheidung zählt, und meine Stimme wird gehört. Es ist eine unglaubliche Erfahrung, einen Beitrag leisten zu können.«

Perfekte Ergänzung

Mit dem meteoritenhaften Aufstieg von Occupy Wall Street wächst der Druck zu klären, wer das Sagen hat und was die Protestierenden wollen. Die Gewerkschaften sollten die Occupy-AktivistInnen allerdings nicht drängen, über den Demonstrationsslogan »Wir sind die 99 Prozent!« hinauszugehen. Sie sollten die Bewegung lieber als strategischen Verbündeten behandeln – ein Megaphon und ein Vergrößerungsglas für alle kontinuierlichen Kämpfe der Arbeiterbewegung, von den Entlassungen im öffentlichen Sektor bis hin zum Schutz der Renten. Gemeinsam ergänzen sie sich perfekt: Occupy Wall Street kristallisiert die Probleme unserer auf den Kopf gestellten Ökonomie im Großen Ganzen, und die Arbeiterbewegung liefert konkrete Belege für die Exzesse der Unternehmen – und klare Ziele für eine Bewegung, die bereit ist, auf die Straße zu gehen.

Das ist eine Kombination, die schon früher in Bezug auf Herausforderungen im ›langen Winter‹ der Konzernherrschaft gut funktioniert hat: von lokalen Kämpfen für Existenzlöhne und Aktionen der Campus-Beschäftigten bis hin zu Unruhen, die die Arbeiterbewegung mit neuen Verbündeten zusammenbrachte, wie z.B. der Bewegung für globale Gerechtigkeit, die 1999 um die »Battle in Seattle« gegen die dort stattfindende WTO-Ministerkonferenz entstand.

Ein Vorschein dessen, was möglich ist, war bereits in der ersten Woche der Proteste von Occupy Wall Street zu sehen, als ein Dutzend Leute eine Kunstauktion bei Sotheby's störten. Die Protestierenden traten als potenzielle Bieter auf und unterbrachen den Auktionator wiederholt mit Unterstützungsslogans für 43 im Teamsters-Local 814 organisierte Sotheby's-Beschäftigte, die am 1. August von dem Nobel-Kunsthändler ausgesperrt worden waren.

In Boston schlossen sich Hunderte Occupy-AktivistInnen den *Electrical Workers* und ihren Verbündeten an, als diese ein Geschäft des Mobilfunkbetreibers Verizon Wireless umzingelten. Die Aktion zur Unterstützung von 45 000 Verizon-Beschäftigten, die seit langem um einen angemessenen Tarifvertrag kämpfen, endete mit 45 Festnahmen und einer verstopften Innenstadt.

In Chicago hatten GewerkschaftsaktivistInnen auf Initiative der *Service Employees* bereits enge Verbindungen mit anderen Akteuren in der Kommune geknüpft. Gemeinsam hatte man das Bündnis »Stand Up Chicago« gebildet. Der Sommer wurde dann allerdings damit vergeudet, Bankern und ihren Wasserträgern aus der Politik in der Hoffnung auf Statements hinterherzujagen.

In der Zwischenzeit gewann »Stand Up Chicago« dank der Occupy-Aktiven neue Energie. Tausende versammelten sich am 10. Oktober vor den Konferenztüren von Wall-Street-Händlern und Hypothekenbankern. Nach einer Konfrontation mit der berit-

müssen. Und sie hielt fest, dass einige der vorherigen Stilllegungen Monate der Vorbereitung bedurft hätten – wie beispielsweise die Arbeitsniederlegung am 1. Mai 2008. Die Hafenchefs hatten die ILWU gewarnt, dass die Stilllegung gegen die militärische Besatzung des Irak und Afghanistans am 1. Mai 2008 »unerlaubt« sei, doch die Gewerkschaftsmitglieder legten die Arbeit trotzdem nieder. »Gerade weil die Mitglieder darüber gesprochen und debattiert haben, bevor abgestimmt wurde, und als es schließlich um die Abstimmung ging, die Unterstützung an der Basis bereits aufgebaut hatten, lagen die Zustimmung zu der Aktion und die Verbindlichkeit gegenüber dieser fest in der Händen der Mitglieder. (...) Aufgrund der mangelnden Kommunikation mit den Mitgliedern kommen die Occupy-AktivistInnen nicht in den Genuss, an unserer (vorangegangenen) Erfahrung in Oakland teilzuhaben«, so Levens, die sich aktiv an den Occupy-Versammlungen in Oakland beteiligte.

Ursprung: Los Angeles

Ursprünglich kam die Idee zu einem Protest am 12. Dezember bei Occupy Los Angeles auf und sollte mit den Aktivitäten für die Rechte von MigrantInnen rund um den Tag der Schutzpatronin von Mexiko zusammenfallen.

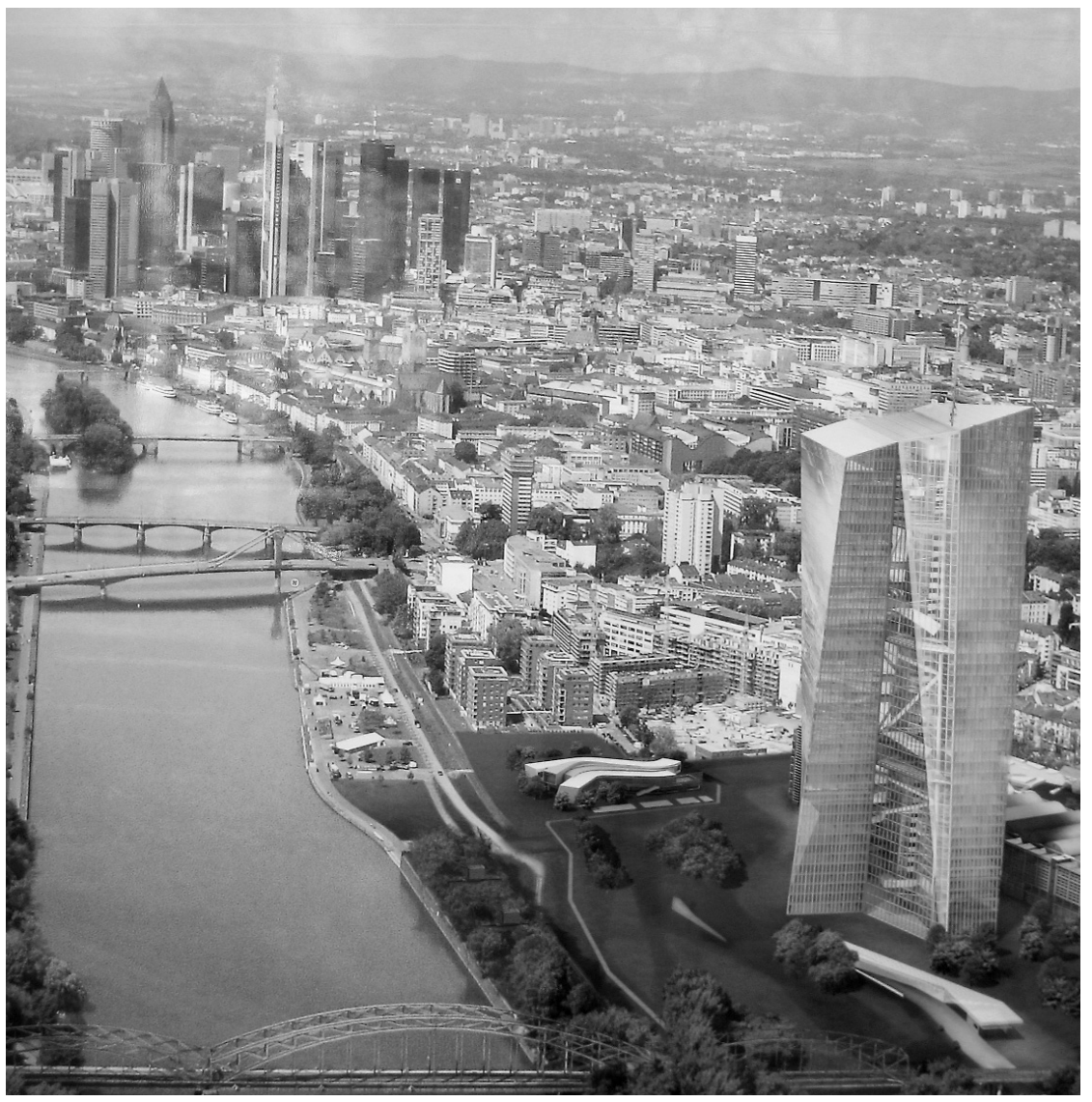
Sarah Knopp, seit zwölf Jahren Mitglied der LehrerInnengewerkschaft (UTLA) in Los Angeles, sagt, die Occupy-AktivistInnen hatten beschlossen, sich auf SSA Marine einzuschießen, einen Terminalbetreiber, der zu Goldmann Sachs gehört und in Nord- und Südamerika sowie in Vietnam Containerterminals betreibt.

SSA Marine ist bekannt für seine Umwelt-, Arbeits- und Menschenrechtsverletzungen sowie für die Ausbeutung der Lkw-Fahrer im Hafen, die per Stücklohn dafür bezahlt werden, Frachtcontainer auf die und von den Docks zu transportieren. Ein weiterer Beweggrund der Occupy-AktivistInnen war die Entlassung von 27 Lkw-Fahrern, die für eine separate Firma, Toll Group, arbeiten. Im Rahmen einer lange währenden Kampagne mit dem Ziel, die rechtlichen Verbote der gewerkschaftlichen Organisierung zu Fall zu bringen, trugen die entlassenen Fahrer Hemden von den Teamsters.

Nachdem Occupy Oakland den Aufruf auf alle Häfen an der Westküste der USA ausgedehnt hatte, beschloss Occupy L.A., beim ursprünglichen Plan – einem Marsch auf das SSA-Terminal und einer kommunalen Streikpostenkette, die ein Tor blockieren sollte – zu bleiben. Die Häfen von Long Beach und Los Angeles nehmen ca. 40 Kilometer der Küstenfläche ein und wickeln 85 Prozent des Handels an der gesamten Westküste ab – der Betrieb ist also zu ausgedehnt, als dass er von der erwarteten Anzahl an DemonstrantInnen hätte blockiert werden können.

Knopp und andere Occupy-AktivistInnen verteilten kürzlich nach einem Treffen des Local 13 der ILWU Flugblätter, um Unterstützung für die SSA-Aktion zu gewinnen. Sie wurden »total freundlich aufgenommen«, findet Knopp. »Alle denken, dass das eine großartige Idee ist.«

»Wir bringen einen Prozess in Gang, in dessen Verlauf die Occupy-Bewegung sich eine Basis in der ArbeiterInnenbewegung aufbauen kann«, erklärt Michael Novick, ein Ruheständler aus der UTLA. Die Occupy-AktivistInnen in L.A. erkennen die ILWU zwar an, dies sei derzeit aber noch keine tragfähige Position (und die Führung der ILWU wurde nicht gebeten, sich zu beteiligen). Novick fügt daher hinzu, dass die Lkw-Fahrer im Hafen vermutlich in einer besseren Position sind, den Streik an diesem wichtigen Hafen durchzuführen. Da sie keinen Tarifvertrag haben, drohen ihnen – abgesehen vom Verlusts eines Tageslohns – keinerlei Sanktionen.



Spaltung, demokratisch

Alle Hauptamtlichen und jedes Vorstandsmitglied der ILWU auf Bundesebene wiederholt die Solidarität der Gewerkschaft mit der Occupy-Bewegung und deren Zielen. Doch die Aktion am 12. Dezember hat viele verärgert.

Cameron Williams, Vorsitzender des Local 19 in Seattle, erklärt: »Das ist, als ob ich bei Dir zuhause ein Fest geplant hätte, ohne Dich vorher zu fragen.« Die Funktionäre vor Ort sagen, die Occupy-AktivistInnen hätten den demokratischen Prozess der Gewerkschaften umgangen.

»Die Occupy-VertreterInnen waren verständlicherweise verwirrt von den unterschiedlichen Signalen, die Einzelne in der ILWU ausgesendet haben«, findet Craig Merrilees, Leiter der Kommunikationsabteilung im Vorstand. Er glaubt, dass manche Mitglieder mit den Occupy-AktivistInnen sprechen, ohne dass dies durch den internen demokratischen Prozess der Organisation gedeckt sei. Scott Mason, Vorsitzender des Local 23 in Tacoma (Washington), meint, dass er »keine starke Regung in welche Richtung auch immer« bei den Mitgliedern verspürt habe.

Mike Parker zufolge kann man angesichts der massiven Beschränkungen der Gewerkschaft keinen besseren Verlauf erwarten. »Selbst wenn Occupy Oakland so toll und demokratisch wäre, wie es nur sein kann, könnten sie sich keinesfalls mit den gewählten VertreterInnen der ILWU absprechen«, sagt er. »Die Gewerkschaften können nur entweder alles verspielen [indem sie offen einen Streik unterstützen] oder sich selbst schützen, indem sie die Verantwortung ablehnen und Streikposten nur durch die Hintertür anerkennen.« Rechte Gerichte sind nicht auf der Seite der ArbeiterInnen. Parker meint, dass die Occupy-AktivistInnen möglicherweise nach neuen Wegen, das eine Prozent zu treffen, suchen müssen: »Die andauernde Konzentration auf die Häfen, weil es einfach ist und man sich die traditionelle Solidarität der HafenarbeiterInnen zunutze machen kann, macht die HafenarbeiterInnen selbst zu Zielen – und das Ziel ärgert sich allmählich darüber.«

Fortsetzung auf Seite 4 oben

Geneigte Leserinnen und Leser,

»Ja zu FRA!« – dieses alberne Motto haben Fraport, Lufthansa und Condor ihrer Kampagne für den Ausbau des Frankfurter Flughafens gegeben, da die Debatte »momentan sehr einseitig und emotional geführt« werde. Erfunden hat den Slogan die PR-Agentur Burson-Marsteller, die auch schon Union Carbide nach dem Chemieunfall in Bhopal, bei dem bis heute mehr als 20 000 Menschen starben, AKW Hersteller Babcock & Wilcox nach der Beinahe-Katastrophe in Three Mile Island und auch die argentinische Militärjunta und den rumänischen Diktator Ceausescu beraten hat. Fraport u.a. reagieren damit auf die seit Monaten anhaltenden Proteste tausender »Wutbürger« im Rhein-Main-Gebiet, die sich jede Woche zur Montagsdemonstration im Frankfurter Flughafen zusammenfinden – man möchte fast sagen unterm Motto »Unten bleiben!«

Unten bleiben seit Mitte Februar sowieso Hunderte von Flugzeugen in Frankfurt – allerdings weil der starke Arm der 200 Vorfeld-Beschäftigten es so will. Und schon schlagen die Wellen der Debatte über Tarifeinheit wieder höher...

Aber auch wir sagen Ja – »Ja zu FRA«nkfurt! Denn hier scheint im Moment das Zentrum des Geschehens zu liegen. Ende Februar wurde zur Europäischen Aktionskonferenz eingeladen, um die nötigen Absprachen zu treffen für die wiederum in Frankfurt geplanten Maifestspiele »gegen das Krisenregime der Europäischen Union«, gegen Sozialabbau, Entrechtung und Entdemokratisierung. Vom 17.-19. Mai soll die Innenstadt vorübergehend in einen Zeltplatz verwandelt werden, in Frankfurt beheimatete Großbanken und die Europäische Zentralbank sollen ebenfalls Objekt der Proteste sein.

Auch die Bebilderung dieser Ausgabe des express stellt diesmal einen Kommentar zur aktuellen Lage dar: Ihr seht die Baustelle der neuen EZB. Dass ihre Architektur die denkmalgeschützte, aber nun dennoch völlig entkernte und entstellte ehemalige Großmarkthalle integriert, mag uns der Weltgeist bei Einbruch der Dämmerung erklären. Doch der Eindruck, dass die neue EZB auf einer etwas verdrehten Konstruktion basiert, ist durchaus beabsichtigt – weil real.

---

tenen Polizei und zwei Dutzend Festnahmen fanden sich die Protestierenden jeden Tag für kreative Aktionen neu zusammen.

Occupy-AktivistInnen veranstalteten eine Aktion mit langjährigen Wohnraum-Besetzern. Sie brachten Müll und weggeworfene Möbel von einem verrammelten Haus, das der Bank of America gehört, zu einer von deren Innenstadt-Filialen. Eine Demonstration mit tausenden TeilnehmerInnen prangerte an, wie wenig die Arbeitslosen der Stadt von den Millionen haben, die zum Wohl der Unternehmen über diesen ausgeschüttet wurden.

An einem anderen Tag lag das Augenmerk auf den Millionen, die aus dem städtischen Bildungsbudget abgesaugt werden – etwa durch Steuererleichterungen (z.B. das 15-Millionen-Geschenk an die Chicagoer Börse) und durch kapitalmarktbasierte Versicherungen, die Wall-Street-Insider an das Chicagoer Schulsystem verhökern und die dort jährlich bis zu 36 Mio. Dollar an Kosten verursachen. Eine Trolley-Tour brachte LehrerInnen und Occupy-AktivistInnen in direkten Kontakt mit den Händlern und Bankern, die die städtischen Schulen abzocken. Das wiederum verschärfte die Konfrontation zwischen Bürgermeister Rahm Emanuel, einem ehemaligen Investmentbanker, und der Lehrergewerkschaft *Chicago Teachers Union*.

Wo führt das hin?

Diese Aktionen beginnen an dem konventionellen Diktum zu nagen, es gäbe keine Alternative zu Budgetkürzungen und Arbeitslosigkeit, indem sie direkt das eine Prozent ins Visier nehmen, das unverschämt reich geworden ist, indem es uns Übrige auspresst.

Dank der Occupy-Bewegung tauchen jeden Tag neue Flying Squads auf – bereit, sich dem Kampf anzuschließen. Die Occupy-Leute planen kreative Störungen à la »Torte ins Gesicht« beim Bankerkongress oder Konfetti auf der Konzern-Cocktailparty. Allein in New York sind seit Protestbeginn über 1 000 Verhaftungen zu zählen. Und es werden wohl nicht die letzten gewesen sein, wenn die Protestierenden und ihre Verbündeten aus der Arbeiterbewegung weiterhin das Business-as-usual stören – und wenn sie vom eher symbolischen zivilen Ungehorsam zu echten Blockadeaktionen übergehen. Die können eine große Macht entfalten, wie im letzten Herbst zu sehen war: bei den mobilen Streikposten bei Verizon und bei den Hafenarbeitern im Bundesstaat Washington, die Züge daran hinderten, Streikbrecher im Hafen mit Getreide zu beliefern.

Doch die wichtigsten Lektionen, die GewerkschaftsaktivistInnen von den Erfahrungen mitnehmen können, die sie Schulter an Schulter mit den Occupy-AktivistInnen gemacht haben, sind deren Wagemut und ihre felsenfeste Selbstverpflichtung auf direkte Demokratie.

Nach einer jahrelangen Serie von Niederlagen jagen Gewerkschaftsführer instinktiv dem »politisch Möglichen« nach. Die Occupy-AktivistInnen haben diese herkömmliche Orientierung auf den Kopf gestellt, indem sie sich nicht darauf konzentrieren, was wir kurzfristig erreichen können, sondern darauf, was wir brauchen.

Der Boden für einen neuen Common Sense ist bereitet, und die Samen treffen gerade auf die Erde.

** Mark Brenner ist Mitglied der Redaktion der Labor Notes.*

(Erschienen in: Labor Notes, Nr. 392, November 2011)

Übersetzung: Anne Scheidhauer (TIE-Bildungswerk e.V.)

INTERNATIONALE KONFERENZ:
POLITISCHE STREIKS
IM EUROPA DER KRISE

SAMSTAG, 12. MAI 2012
11 UHR | FRANZ-MEHRING-PLATZ 1 | BERLIN
www.rosalux.de/event/45102
ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Verstand ist stets bei Wenigen nur gewesen

Interview mit Wolfgang Däubler*

»Eine Geschichte verpasster Chancen«, so die gar nicht so seltene Einschätzung, wenn es um die Durchsetzung des europarechtlich verankerten Equal Pay-Grundsatzes, d.h die Anpassung der Leiharbeitslöhne an vergleichbare Löhne regulär Beschäftigter geht. Dabei gibt es keinen Grund, den Vorgang als abgeschlossen zu betrachten: Noch nie wurden so viele Menschen in Deutschland verliehen: ca. eine Million; jede dritte Stelle der Bundesagentur ist eine Leiharbeitsstelle; fast die Hälfte aller Neueinstellungen nach der Krise erfolgte in der ›boomenden‹ Metallindustrie auf Leiharbeitsbasis – und Leiharbeiter verdienen im Schnitt nur rund die Hälfte dessen, was regulär Beschäftigte erhalten. Doch wer soll und kann diese Abwärtsspirale aufhalten? Mit dem folgenden Beitrag knüpfen wir an unsere Einladung zur Debatte über Strategien im Umgang mit Leiharbeit aus dem letzten express an. Von Wolfgang Däubler wollten wir wissen, welche Rolle die EU bei der Einführung des Equal Pay-Grundsatzes spielt und welche Möglichkeiten zur Umsetzung dieses Prinzips – mit oder ohne Gewerkschaften – denkbar sind. Die Fragen stellten Andreas Bachmann und Kirsten Huckenbeck.

Was sind die Hintergründe und Triebkräfte für den »Equal Pay«-Grundsatz zur Leiharbeit im EU-Recht? Warum ist das EU-Recht hier eine treibende Kraft für egalitäre Regelungen?

Däubler: Ich glaube nicht, dass die EU die treibende Kraft für den Equal Pay-Grundsatz ist. In einer Reihe von Mitgliedstaaten gibt es ihn schon lange. Längst vor der EU-Richtlinie zur Leiharbeit existierte er auch schon in Deutschland, freilich in sehr verwässerter Form. Das sogenannte Job-Aqtiv-Gesetz von 2001 hatte ihn erstmals eingeführt und zwar sogar als zwingenden Grundsatz. Damals konnten Arbeitskräfte für zwei Jahre an denselben Unternehmer verliehen werden, und im zweiten Jahr mussten sie dasselbe wie vergleichbares Stammpersonal verdienen. Das war nicht sehr bedeutsam, weil die Verleiher darauf verzichteten, jemanden länger als ein Jahr zu verleihen. Dann kam 2003/2004 Hartz I und führte »Equal Pay« als allgemeinen Grundsatz ein, doch konnte (und kann) man von ihm durch Tarifvertrag abweichen. Erst 2008 erging die Leiharbeitsrichtlinie.

Ausgehend vom EU-Recht: Gilt der Grundsatz »Equal Pay« für alle Typen von Leiharbeit? Zum Hintergrund unserer Frage: Üblicherweise wird von zwei Typen von Leiharbeit ausgegangen – einem kontinuierlichen Beschäftigungsverhältnis beim Verleiher, also der ›Fiktion eines friktionslosen Beschäftigungsverhältnisses‹ einschließlich Weiterbeschäftigung in verleihfreien Zeiten, und einem auftragsbezogenen, befristeten Beschäftigungsverhältnis im Verleihunternehmen. Gilt Equal Pay überhaupt für den erstgenannten Typus, wie er modellhaft in Deutschland unterstellt ist, und wie geht man mit diesem Grundsatz bspw. in Bezug auf die verleihfreien Zeiten um?

Däubler: Ja, Leiharbeit ist Leiharbeit. Ob das Arbeitsverhältnis zum Verleiher befristet oder unbefristet ist, spielt keine Rolle. Für die sogenannten verleihfreien Zeiten gibt es keinen Equal-Pay-Grundsatz, doch darf der Leiharbeitnehmer auch hier nicht ohne Vergütung bleiben. Anderenfalls wäre das Betriebsrisiko des Verleihers auf ihn abgewälzt – ungefähr so, als würde ein Kellner oder ein Friseur nur dann etwas verdienen, wenn ausreichend Kunden kommen. Die Vergütung kann allerdings niedriger sein als während der Einsatzzeiten.

Im deutschen Arbeitsrecht ist der »Equal Pay«-Grundsatz durch Tarifverträge »abdingbar«, also »tarifdispositiv« gestaltet. So wurde es leider im Rahmen der Agenda 2010 bei der Reform des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes eingefädelt. Wie weit reicht die Befugnis von Tarifvertragsparteien, von dem gesetzlichen Leitbild abzuweichen?

Däubler: Das kann man leider nicht wirklich präzise sagen. Inhaltlich ist die Abweichung dadurch gerechtfertigt, dass der Tariflohn auch in den verleihfreien Zeiten bezahlt wird, und außerdem kann man den Standpunkt vertreten, das unterschiedliche Lohnniveau der einzelnen Branchen solle auf diesem Wege »angeglichen« werden, so dass es keine Rolle mehr spielt, ob der Leiharbeitnehmer im »Hochlohnsektor« Chemie oder im Einzelhandel eingesetzt wird. Nur: Eine Abweichung, wonach die Betroffenen im Durchschnitt 40 Prozent weniger als die Stammkräfte verdienen, ist von der Ermächtigung nicht gedeckt.

Ist eine rechtliche Überprüfung solcher, durch Tarifvertrag installierter Abweichungen von gesetzlichen Regelungen vorstellbar?

Däubler: Ja, natürlich, nur traut sich niemand, die DGB-Tarife ernsthaft in Zweifel zu ziehen, obwohl sie den 40-Prozent-Abzug festschreiben. Auch die Gerichte hätten vermutlich Angst, plötzlich die Verleiher ganz generell zu »Equal pay« zu verdonnern und so die Leiharbeit erheblich teurer zu machen.

In welchem Rahmen und in welchen Grenzen wäre eine richterliche »Tarifkontrolle« akzeptabel?

Däubler: Die Gerichte können die Rechtmäßigkeit von Tarifverträgen überprüfen, etwa die Vereinbarkeit mit Grundrechten, aber auch die mit Gesetzen. Sie haben dabei im Laufe der Entwicklung in der Bundesrepublik eine sehr positive Rolle gespielt. So gab es etwa in den 1950er-Jahren »Frauenlohngruppen«, wo die geringeren Verdienste für Frauen – manchmal sogar in Form eines prozentualen Abzugs vom »Normallohn« der Männer – festgeschrieben waren. Die Arbeitsgerichte haben dies kassiert und damit einen wichtigen Beitrag zur Lohngleichheit von Mann und Frau geleistet. Warum sollten sie es nicht auch hier tun? Nicht alles, was »tarifautonom« ausgehandelt wurde, ist allein deshalb ethisch wertvoll und rechtlich akzeptabel.

Falls die DGB-Tarife die rote Linie der Zulässigkeit überschritten hätten, wie muss man sich den Rechtsweg vorstellen? Wer kann wie und wo klagen?

Däubler: Das ist eigentlich ganz einfach. Ein Leiharbeitnehmer, der nach einem DGB-Tarif vergütet wurde, macht »gleiche Bezahlung wie eine vergleichbare Stammkraft« (also Equal Pay) geltend und klagt die Differenz zu seinem bisherigen niedrigeren Lohn ein. Begründung: Weil die Tarife wegen Überschreitung der Ermächtigungsgrundlage unwirksam sind, steht ihm »Equal Pay« zu.

Fortsetzung von Seite 3 oben

Solidarität mit Arbeitskämpfen?

Manche behaupten, dass die ILWU, die unbedingt einen Sieg über den Getreideexporteur EGT braucht, sich mit der Distanzierung von der Stilllegung lediglich rechtlich abgesichert habe. Aufgrund eines früheren Verbots und von Missachtungs-Klagen durch ein Bundesgericht muss die Gewerkschaft rechtliche Maßnahmen fürchten. Die Strafen, die der Local 21 für Betriebsstörungen, Blockaden und das Auskippen von Getreide im Sommer 2011 zahlen muss, belaufen sich bereits jetzt auf 315 000 US-Dollar.

»Wenn ein Bundesrichter beschließt, dass die Occupy-AktivistInnen im Auftrag der Gewerkschaft handeln«, so Scott Mason, Vorsitzender des Local 23 in Tacoma, »können wir für jeden Vorfall mit 5 000 US-Dollar Strafe belegt werden«.

Der Vorsitzende des Local 21, Dan Coffman, der einen Tag, nachdem die Versammlung den Aufruf zur Stilllegung angenommen hatte, eine Rede vor Occupy Oakland hielt, hält mit seiner Begeisterung über die Bewegung dennoch nicht hinter dem Berg. Coffman führt die Hafenstilllegung vom 2. November als Inspiration für seine Mitglieder an, die sich seit sechs Monaten an der Streikpostenkette beteiligen.

Quellen: Labor Notes, Online-Ausgabe vom 12. und 15. Dezember 2011 sowie Nr. 394, Januar 2012

Übersetzung: Dagmar Fink und Kirsten Huckenbeck

Neues Gesetz und EU-Richtlinie für Leiharbeit

Daimler-Leiharbeitsquote unzulässig?!

Seit den Hartz-Reformen haben viele Unternehmen Leiharbeitnehmer nicht nur zur Überbrückung eines zeitlich befristeten Beschäftigungsbedarfs eingesetzt. Vielmehr haben sie die Arbeitnehmerüberlassung dazu missbraucht, auch Dauerarbeitsplätze mit Leiharbeitnehmern zu besetzen. Bei Schlecker ging der Missbrauch soweit, dass tausende Stammbeschäftigte entlassen und als Leiharbeitnehmer zu schlechteren Konditionen auf den gleichen Arbeitsplätze wieder eingestellt wurden.

Die EU-Richtlinie 2008/104/EG über Leiharbeit und das seit dem 1. Dezember 2011 gültige Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) verbieten zukünftig diesen Missbrauch. Die wichtigsten Regelungen kurz auf den Nenner gebracht:

Gleichbehandlung beim Entgelt
In der EU-Richtlinie heißt es wörtlich: »Die wesentlichen Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen für Leiharbeitnehmer sollten mindestens denjenigen entsprechen, die für diese Arbeitnehmer gelten würden, wenn sie von dem entleihenden Unternehmen für den gleichen Arbeitsplatz eingestellt würden.« Leiharbeitnehmer müssen also grundsätzlich das Gleiche bekommen wie die fest Eingestellten. Ein Unterlaufen dieser Vorschrift ist zwar leider möglich, aber nur, wenn die Tarifvertragsparteien einen entsprechenden Tarifvertrag abschließen. Und nur bei den in der Zeitarbeitsfirma unbefristet Beschäftigten, weil die etwas besser abgesichert sind.

Zu prüfen wäre also vom Gesamtbetriebsrat, ob die aktuell gülti-

Das Gericht überprüft dann, ob dies zutrifft und die Tarife wirklich unwirksam sind. Das einzige Problem liegt darin, Leiharbeitnehmer zu finden, die Klage erheben; bisher scheint die Angst zu dominieren, in dieser Branche nie mehr einen Arbeitsplatz zu bekommen, wenn man sich zu einem solchen Schritt entschließt.

Bekanntlich ist ja fast keine Leiharbeitnehmerin, fast kein Leiharbeitnehmer in einer der gelb-christlichen Gewerkschaften organisiert. Organisationsgrad und Tarifbindung von LeiharbeitnehmerInnen in DGB-Gewerkschaften dürften allerdings auch sehr übersichtlich sein. Insofern realisiert sich der Absenkungseffekt, den Tarifverträge gegenüber dem Equal Pay-Grundsatz entfalten, wohl im Wesentlichen durch die im AÜG vorgesehene Möglichkeit einzelvertraglicher Bezugnahmen auf die Tarifverträge. Ist dies mit der EU-Richtlinie vereinbar?

Däubler: Die EU-Richtlinie sieht eine Abweichung durch Tarifvertrag vor, was auch den Fall einschließt, dass der Arbeitnehmer kein Mitglied der tarifschließenden Gewerkschaft ist. In diesem Fall genügt eine Bezugnahme im Arbeitsvertrag. Allerdings unterscheidet sich das EU-Recht in einem wichtigen Punkt vom deutschen: Der »Gesamtschutz« des Leiharbeitnehmers darf durch die Tarifverträge nicht verschlechtert werden. Was das im Einzelnen bedeutet, ist schwer zu sagen, aber vom selben »Gesamtschutz« kann jedenfalls dann nicht mehr die Rede sein, wenn der Leiharbeitstarif 40 Prozent unter dem Stammarbeitstarif liegt.

Was würde passieren, wenn die DGB-Tarifverträge zur Leiharbeit auslaufen würden? Welche Nachwirkungsrisiken gäbe es dabei?

Däubler: Die Verleiher haben eine gute Lobby in der juristischen Fachöffentlichkeit. Deshalb gibt es eine ganze Reihe von Autoren, die den Standpunkt vertreten, auch ein nachwirkender Tarifvertrag würde dem Equal-Pay-Grundsatz vorgehen. Andere sagen dagegen zu Recht, dass nur ein voll wirksamer Tarifvertrag vom Gesetz abweichen kann. Gerichtsentscheidungen dazu gibt es nicht, weil es meines Wissens noch nie zu einer Nachwirkung von Tarifverträgen gekommen ist.

Die DGB-Tarifverträge haben noch eine beträchtliche Restlaufzeit. Gäbe es, abgesehen von dem erforderlichen politischen Willen, auch rechtliche Möglichkeiten für einen vorzeitigen Ausstieg aus den Tarifverträgen zur Leiharbeit?

Däubler: Nein, eine solche rechtliche Möglichkeit sehe ich nicht. Man kann nur gerichtliche Verfahren anstrengen, die sich auf die oben genannten Argumente stützen: Die Leiharbeitstarife gehen über die Ermächtigung im AÜG hinaus, und sie verstoßen außerdem gegen die EU-rechtliche Vorgabe, den »Gesamtschutz« nicht anzutasten. Das ist – verglichen mit einer neuen tarifpolitischen Willensbildung in den Gewerkschaften – sogar der sehr viel einfachere Weg.

Welche Probleme für »Equal Pay« ergeben sich aus dem neuen Mindestlohn in der Zeitarbeit?

Däubler: Keine. Der Mindestlohn fixiert eine Untergrenze und sagt nichts zum Verhältnis Leiharbeitnehmer – Stammbeschäftigte.

Wo liegen aus Ihrer Sicht die Motive für die DGB-Tarifverträge zur Leiharbeit? Empirisch gesehen überzeugt die häufig gehörte Erklärung des »notwendigen kleineren Übels« zu den gelb-christlichen Tarifen angesichts der tarifierten Entgelte ja nicht so recht.

Däubler: Sie stellen da eine ganz grundsätzliche Frage. Die DGB-Gewerkschaften hätten sich von vorne herein verweigern und gegen die unchristlichen Christentarife auf dem Rechtsweg vorgehen können. Dann hätte vielleicht ab 2006 oder 2007 der Equal Pay-Grundsatz effektiv gegolten.

Warum sie das nicht getan haben, kann man nur vermuten. Die Agenda 2010 wollte die Arbeitskosten in Deutschland reduzieren und hat dies ja auch erreicht. Dies geschah aber nicht wie heute in Griechenland auf dem brutalen Weg einer direkten Absenkung; vielmehr ermöglichte man Lohndumping im eigenen Land. Dies wirkte sich dann auf die Tarifabschlüsse aus, die nicht mal mehr einen vollen Inflationsausgleich erbrachten. Das war für die Gewerkschaften zwar unangenehm, aber irgendwie hinnehmbar, da ja das Hauptopfer von »Billiglöhnern« erbracht wurde, unter denen es kaum Gewerkschaftsmitglieder gibt.

Sich dieser Politik zu verweigern, hat man sich nicht getraut. Man hätte die Unterstützung der Bundesregierung verloren und wäre ins Abseits gestellt worden. Dagegen kann man sich zwar wehren, aber das geht letztlich nur über Streiks und andere Druckmittel. Diese hätten vorausgesetzt, dass man eine Kampforganisation geworden wäre. Eine solche Verwandlung wäre möglich, aber schwierig gewesen, und – das war wohl entscheidender – man wollte sie auch nicht.

Gibt es nach Ihrer Einschätzung eine Neubewertung der eigenen Tarifpolitik zur Leiharbeit in den DGB-Gewerkschaften? Wohin geht die Reise?

Däubler: Das müssten Sie die Verantwortlichen fragen. Im Bereich der IG Metall gibt es interessante Ansätze, die Entleiher per Tarifvertrag zu »Equal pay« zu zwingen; in einigen Betrieben ist dies auch schon durch Betriebsvereinbarung erreicht worden. Aber: Erst brockt man sich die Suppe selbst ein, und dann löffelt man sie 10 oder 15 Jahre lang aus. »Verstand ist stets bei Wen'gen nur gewesen«, sagt der Dichter. Kluge Menschen als Entscheidungsträger – nur unverbesserliche Optimisten werden auch in Zukunft darauf hoffen. Anders als vor zwanzig Jahren habe ich heute Schwierigkeiten, diese Hoffnung zu teilen.

Herr Däubler, wir danken für dieses Interview.

* *Wolfgang Däubler ist Professor für Deutsches & Europäisches Arbeitsrecht, Bürgerliches Recht und Wirtschaftsrecht an der Universität Bremen.*

gen Tarifverträge für Zeitarbeit überhaupt weiterhin angewandt werden dürfen.

Eines ist nach der neuen Gesetzeslage eindeutig: Die Leiharbeiter mit befristetem Vertrag bei ihrer Zeitarbeitsfirma müssen (wegen der schlechteren Absicherung) so bezahlt werden, als wären sie von Daimler fest eingestellt worden. Viele der Leiharbeiter im Werk Untertürkheim haben nur einen befristeten Vertrag bei ihrer Zeitarbeitsfirma. Wir fordern die Personalleitung auf, für diese Kollegen sofort die entsprechenden Aufzahlungen nebst Nachzahlung zu veranlassen.

Gleichbehandlung bei Stellenbesetzungen

Aus dem Gesetzestext: »Der Entleiher (also Daimler) hat den Leiharbeitnehmer über Arbeitsplätze des Entleihers, die besetzt werden sollen, zu informieren. Die Information kann durch allgemeine Bekanntgabe an geeigneter, dem Leiharbeitnehmer zugänglicher Stelle im Betrieb und Unternehmen des Entleihers erfolgen.« Der Zweck der Unterrichtungspflicht besteht darin, dem Leiharbeiter dieselben Chancen auf die Erlangung eines unbefristeten Arbeitsverhältnisses zu garantieren wie Stammarbeitern. Sie sind deshalb bei der Bewerberauswahl gleich zu behandeln. Wollen wir wetten? An diese Vorschrift hat sich Daimler bisher überhaupt nicht gehalten.

Gleichbehandlung bei Sozialeinrichtungen

Sozialeinrichtungen müssen den Leiharbeitern gleichberechtigt zur Verfügung stehen. Bei den Verkaufshops und der Kantine ist das wohl auch so. Aber was ist zum Beispiel mit den Kinderbetreuungseinrichtungen, dem Haus des Sports oder dem freien Eintritt in's Mercedes-Museum? Wie steht es um die gleichberechtigte Teilnahme an Gesundheitstagen? Ich glaube, auch da gibt es jetzt einiges zu überprüfen für die Betriebsräte. Bestimmt wurde vom Daimler-Management auch gegen diese Gleichbehandlungsvorschrift verstoßen.

Leiharbeit nur vorübergehend

Das Gesetz begrenzt den Einsatz von Leiharbeitern auf einen vorübergehenden Personalbedarf. Quotenregelungen wie die bei Daimler, die bis zu einem bestimmten Umfang den Einsatz von Leiharbeitnehmern auf dauerhaften Arbeitsplätzen ermöglichen, müssen daher auf ihre Zulässigkeit überprüft werden. Der Dauereinsatz von 750 Leiharbeitnehmern (8 Prozent) von Januar bis Dezember ist wohl kaum auf zeitlich befristete Projektarbeit oder zeitlich befristete Vertretungsfälle zurückzuführen.

Die stetig steigenden Programmzahlen – Vorstand Zetsche träumt ja schon wieder von zwei Millionen Mercedes-PKW – weisen auch nicht auf eine vorübergehende Auftragsspitze hin. Deshalb handelt es sich logischerweise auch nicht um einen vorübergehenden, sondern vielmehr um einen dauerhaften Personalbedarf. Eine kontinuierlich wiederholte, zeitlich befristete Beschäftigung eines Leiharbeiters auf einem Dauerarbeitsplatz ist illegal. Auch die Besetzung eines Dauerarbeitsplatzes durch das kontinuierliche Austauschen mehrerer Leiharbeiter ist rechtlich untersagt. Unserer Meinung nach steht die 8-prozentige Leiharbeiterquote bei Daimler insgesamt im Widerspruch zum Gesetz und darf deshalb auch nicht mehr angewandt werden.

Wir fordern den Vorstand auf: Dauerarbeitsplätze müssen mit festem Stammpersonal besetzt werden. Die Leiharbeiter müssen folglich fest eingestellt werden!

Michael Clauss, Betriebsrat

Aus: Alternative – Für die Kolleginnen und Kollegen im Daimler-Werk Untertürkheim, Nr. 103, 14. Februar 2012

»Sympathy for the devil«

Organizing in Gemeinden und Betrieben
Wolfgang Völker* berichtet vom Sozialistischen Salon in Hamburg

Redaktionsmitglieder von *express* und *Widersprüche* in Hamburg laden nun schon im zweiten Jahr zur Diskussion im Sozialistischen Salon. Die Idee dabei ist, Themen, die in den beiden Zeitschriften diskutiert werden, möglichst mit AutorInnen derselben zur Diskussion zu stellen. Auch wenn die jeweiligen Runden des Salons gemeinsam geplant werden, sind die einzelnen Veranstaltungen vom spezifischen Zugang der beiden Zeitungen zu den gesellschaftlichen Konflikten geprägt. Die »*express*-Themen« reflektieren auf den ersten Blick eher die Auseinandersetzung »in Betrieb und Gewerkschaft«, die »*Widersprüche*-Themen« eher Kontroversen in und um Sozialpolitik, Sozialstaat und Soziale Arbeit. Nun wissen alle LeserInnen der Zeitschriften, dass es ›Schnittmengen‹ in den Themen gibt – allein schon dadurch, dass sich die Konflikte nicht in Paralleluniversen bewegen, sondern in einer eben widersprüchlichen Gesellschaft.

Der Salon findet statt im centro sociale, einem genossenschaftlich organisierten und mit unbezahlter Arbeit selbstverwalteten »autonomen Nachbarschaftstreff« in St. Pauli Nord. (Nähere Infos unter www.centrosociale.de)

Beim Sozialistischen Salon am 26. Januar wurde mit dem Thema »Organizing in Betrieb und Gemeinden« ein Veranstaltungszuschnitt so gewählt, dass ein Vertreter des *Community Organizing* (Frank Düchting, tätig in der Erwachsenenbildung und Mitglied der *Widersprüche*-Redaktion) und ein Vertreter gewerkschaftlicher *Organizing-Praxis* (Jonas Berhe, Teamleiter Organizing IGM) miteinander und mit den SalonbesucherInnen diskutierten.

Organizing besitzt hierzulande unter Linken, bei sozial Bewegten und politischen AktivistInnen eine gewisse Faszination. Sicher nicht dadurch, dass der gegenwärtige US-Präsdident auch mal als Organizer in Chicago gearbeitet hat, sondern eher durch begeisternde Geschichten aus der Wirkungsgeschichte des »Erfinders« Saul Alinski (z.B. in dessen Buch »Anleitung zum Mächtig-Sein«) oder durch die Story und Bilder von Ken Loachs Film *Bread & Roses*. Aber auch dadurch, dass wirksame Kampagnen um ArbeiterInnen-Rechte, gewerkschaftliche Rechte und bessere Arbeits- und Einkommensbedingungen auch in der Öffentlichkeit etwas davon ausstrahlen, dass »Geschichte« in ganz konkreten Konflikten und Kämpfen »gemacht wird«.

Der sozialistische Salon war mit seinen beiden Referenten und den Diskussionsteilnehmenden gut geeignet zu beleuchten, was diesseits der Überhöhung von *Organizing* als geniale, soziale Bewegung erzeugende Praxis an emanzipatorischem Potenzial in ihr steckt.

Frank Düchting legt im Eingangsstatement Wert darauf, dass *Organizing* in der Gemeinde (im Sinne von Kommune oder Stadtteil; denn nichts anderes heißt *Community Organizing* erstmal) nicht als Methode der sozialen Arbeit misszuverstehen ist. Soziale Arbeit ist bei aller Adressatenorientierung strukturell von der Asymmetrie des Hilfe-Herrschaftsdilemmas geprägt. *Community Organizing* geht erst gar nicht von »Adressaten« oder »Zielgruppen« mit bestimmten Problemlagen oder Bedürfnissen aus, sondern strebt die Entwicklung unabhängiger BürgerInnenplattformen in Gemeinden bzw. Stadtteilen an. Im Vordergrund steht der Aufbau einer Plattform, in und von der aus erst Konflikte identifiziert werden, um die es gehen soll. Das ist der entscheidende Unterschied nicht nur zur sozialen Arbeit, sondern auch zu Bürgerinitiativen oder Bewegungen, die sich um einen konkreten Konflikt herum bilden. Am Anfang steht die Frage: Willst Du Dich in Deiner Gemeinde, in Deinem Stadtteil einmischen? Dann erst folgt die gemeinsame Frage: Welches Problem nehmen wir uns vor?

Es geht auch nicht, wie der Begriff der Bürgerplattform vielleicht nahelegt, um den Aufbau eines Netzes zwischen einzelnen BürgerInnen, sondern um die Zusammenarbeit von Organisationen in der Bürgerplattform. Wer nicht in eine Organisationsform eingebunden ist, muss sich eine schaffen (z.B. »Die Unorganisierten«). Auch im Prozess der Konflikt- oder Themenauswahl gibt es vorgegebene Kriterien aus der Theorie des *Community Organizing*: Die Leute müssen für die Angelegenheit »brennen«, es muss ihnen eine »Herzensangelegenheit« sein. Der Konflikt muss eingrenzbar, bewältigbar und konkret benennbar sein. Und er muss – sozusagen als Affront gegen Romantisierungen – mit guten Gründen als »gewinnbar« eingeschätzt werden. Wer diese Praxis nachvollzieht und bedenkt, sieht, dass trotz aller Assoziationen in Richtung US-amerikanischer Bürgerrechtsbewegung und »Aufstand der Armen« hier nicht diejenigen im Blick sind, die genug damit zu tun haben, sich durchs prekäre oder arme Leben zu schlagen, sondern die »have a little, want a little more« – also diejenigen, die genügend Energie haben, um sich für ihre und die öffentlichen Angelegenheiten einzusetzen. Dass Gruppen und Organisationen zu einer Bürgerplattform organisiert werden sollen, hat neben dem Ziel, die Vielfalt von Akteuren zu repräsentieren, einen schlichten Grund. Die Vertreter des *Community Organizing* versprechen sich Kontinuität über Organisationen – eine Erwartung, die den Lebensverlauf von Einzelpersonen vielleicht überfordert. Auch wenn *Community Organizing* Beziehungen zwischen Organisationen herstellt, kommt es selbstverständlich zu Beziehungen zwischen den einzelnen Beteiligten, denn ohne diese leben Organisationen bekanntlich nicht.

Doch anders als etwa in den USA ist eine Einzelmitgliedschaft nicht vorgesehen, Mitgliedsbeiträge werden nur von den beteiligten Organisationen erhoben. Weitere Mittel kommen von Stiftungen oder Unternehmen, die sich im Rahmen ihrer *Corporate Social Responsibility* zu Spenden für eine Bürgerplattform bewegen lassen. Auch bei der Finanzierung gibt es eine Grundregel: kein Geld vom Staat. Die Bürgerplattformen sollen staatsunabhängig sein. Die Mittel werden u.a. dazu gebraucht, einen Organizer oder eine Organizerin zu finanzieren. Ohne solche Hauptamtliche funktionieren Bürgerplattformen nicht. Die OrganizerInnen sind so etwas wie ›Ermöglicher‹ im Hintergrund. In der Plattform und nach außen sprechen die BürgerInnen schon selbst.

Sicher werden die Leserinnen und Leser jetzt schon ungeduldig darauf warten, was denn nun die Konflikte sind, zu deren Bewältigung sich Bürgerplattformen und ihre Mitglieder ermächtigen. Aus Deutschland können folgende Themen berichtet werden. Parks verschönern, barrierefreie Wege im Stadtteil und zum öffentlichen Nahverkehr, einen Ort zum Treffen schaffen, in Selbsthilfe Hausaufgabenhilfen organisieren, die Behandlung der Leute im Jobcenter – und auch das Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum fehlt nicht.

Jonas Berhe konnte in seinem Statement zeigen, dass das Finanzierungsproblem, aber auch die Frage der Unabhängigkeit nicht das Problem gewerkschaftlicher *Organizing*-Aktivitäten sind. Die IG Metall hat auf der Führungsebene beschlossen, *Organizing* mit finanziellen und personellen Ressourcen zu versehen. Die IGM hat 2011 sogar »Call me a radical« von Saul Alinsky, einem geistigen Ziehvater des Community organizing, im Lamuv-Verlag neu herausgebracht. Es ist bekannt und es wird auch, wenn zu *Organizing* geschrieben und diskutiert wird, immer wieder darauf hingewiesen, dass *Organizing* in Gewerkschaften nichts Uneigennütziges, Unabhängiges ist, sondern eine Reaktion auf Mitgliederschwund, auf fehlende bzw. niedrige gewerkschaftliche Organisationsgrade in bestimmten Branchen und auf die Erfahrung von Mitgliedern, insbesondere aber Unorganisierten, nicht beteiligt zu werden und nicht mitentscheiden zu können. Es ist deutlich, dass gewerkschaftliches *Organizing* seine Wurzeln in der spezifischen US-Situation und Geschichte hat. Dort ist die Frage nämlich: Wie erreicht eine Gewerkschaft die Mehrheit im Betrieb, denn es gilt »ein Betrieb – eine Gewerkschaft«. Die Frage der Mitgliedergewinnung ist insofern für das betriebliche Verhandlungswesen, aber auch für betriebliche Auseinandersetzungen zentral. Gleichwohl war *Organizing* in der jüngeren Geschichte der US-amerikanischen ArbeiterInnenbewegung auch Mittel zur Auflösung verfestigter Strukturen der Auseinandersetzung und etablierter gewerkschaftlicher Positionen. Das schließt keineswegs aus, dass sich durch Ermächtigungsbewegungen nicht auch autoritäre, am Ende organisationsbornierte und wiederum partnerschaftliche Verhältnisse etablieren. (S. zu den Konflikten in und um die SEIU die ausführliche Berichterstattung in *express*, Nr. 10 und 11/2009)

Erfahrungshintergrund von Jonas Berhe ist der Versuch der IGM, in der Windenergiebranche stärker Fuß zu fassen. Das Vorgehen der Organizing-Teams ist ganz klassisch, wie sie es in den Schulungen und Tagungen auch mit Unterstützung US-amerikanischer Kolle-

Spitzenergebnis?

Geert Naber* über den Tarifabschluss bei der Deutschen Post

I. ver.di zeigt sich stolz und spricht von einem »Spitzenergebnis«: Die Einkommen der rund 130 000 Tarifbeschäftigten bei der Deutschen Post werden am 1. April 2012 um vier Prozent steigen. Diese Lohnerhöhung ist ein Eckstein des Tarifvertrags, auf den sich die Dienstleistungsgewerkschaft und die Spitze des Bonner Konzerns Anfang des Jahres geeinigt haben. Zu den weiteren Essentials des »Spitzenergebnisses« gehört:

- eine Einmalzahlung, die im Januar erfolgte und sich bei in Vollzeit beschäftigten Tarifkräften auf 400 Euro belief,
- eine Verlängerung des »Beschäftigungspaktes«, der betriebsbedingte Kündigungen bis Ende 2015 ausschließt,
- ein »Generationenvertrag«, der auf einer Kombination aus Altersteilzeit und Zeitwertkonten beruht und es älteren Beschäftigten ermöglichen soll, die Arbeitszeit ohne Abschläge bei Gehalt und Rente zu reduzieren.

II. Die Vereinbarungen signalisieren, dass ver.di nach wie vor merklich Einfluss auf die lohn- und arbeitsstrukturellen Entwicklungen bei der Deutschen Post zu nehmen vermag. Fraglich ist aber, ob es sich bei dem neuen Tarifabschluss tatsächlich um ein »Spitzenergebnis« handelt. So zeigt ein Blick auf die Regelungen zur Altersteilzeit, großspurig »Generationenvertrag« genannt, dass hiervon wohl in erster Linie die Tarifkräfte mit Vollzeitstellen und vergleichsweise hohem Einkommen profitieren werden. Das Gros derjenigen Beschäftigten, die im Rahmen von Teilzeitjobs Briefe und Pakete sortieren und zustellen, wird wohl finanziell nicht in der Lage sein, Geld auf Zeitwertkonten anzulegen. Mit anderen Worten: Ausgerechnet die zahlreichen Postlerinnen und Postler, die körperlich besonders belastende Tätigkeiten ausüben, haben zumeist nichts vom »Generationenvertrag«.

Wer hat was vom Beschäftigungspakt? Er bringt allen Tarifkräften mit einem unbefristeten Arbeitsvertrag Arbeitsplatzsicherheit für weitere drei Jahre. Der Beschäftigungspakt kann allerdings nicht verhindern, dass die Deutsche Post weiterhin etliche Arbeitskräfte nur befristet beschäftigen und oftmals zum unfreiwilligen Ausscheiden aus dem Postdienst zwingen wird. Hingewiesen sei außerdem darauf, dass der

gInnen gelernt haben (und wie es im Übrigen auch ähnlich im *Community Organizing* praktiziert wird): Es werden Schlüsselpersonen angesprochen, die betriebliche Situation wird erkundet, die Geschäftsbeziehungen inner- und außerhalb der Branche werden aufgeklärt und im Gespräch mit den ArbeiterInnen, den Betriebsräten und den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten werden diejenigen Konfliktfelder bzw. die Themen eruiert, die angepackt werden sollen. Die *Organizer* nutzen selbstverständlich die vorhandenen gewerkschaftlichen Kontakte und Strukturen, doch scheint die Frage, »wie kommt man in den Betrieb rein?«, auch für sie nicht ohne Fallstricke zu sein. Geht es doch auch darum, diejenigen zu beteiligen, die bisher nichts mit gewerkschaftlicher Organisation am Hut haben. Konkurrenzen zu den klassischen Vertretungsformen und ihren RepräsentantInnen oder Blockaden von dieser Seite sind nicht ausgeschlossen. Außerdem will nicht jeder vor aller Augen im Betrieb von gewerkschaftlichen *Organizern* angesprochen werden. Hausbesuche und Treffen an anderen Orten gehören also mit zum *Organizing*. Die Themenfindung ist ebenfalls breit angelegt: vom Wunsch nach mehr Zeit für eigene Interessen und nach besserer Vereinbarkeit von privaten Bedürfnissen und betrieblichen Flexibilitätsanforderungen über Erwartungen an Arbeitsabläufe und -organisation bis hin zur Frage, ob man Respekt im Unternehmen erfährt. Auch hier wird eine Rangfolge der Themen zusammengestellt, auch hier finden sich Kriterien, nach denen Themen aufgegriffen werden.

Dieser Punkt wurde auf der Veranstaltung vielleicht zu wenig herausgearbeitet, denn mit den Themen können ja ganz unterschiedliche Konfliktebenen angesprochen werden, wie sie z.B. Peter Birke in seinem Buch »Die große Wut und die kleinen Schritte« identifiziert hat: innerbetriebliche Konflikte, betriebliche Arbeitskämpfe und Imagekampagnen gegen ganze Unternehmen. (S. »Globale Basisaktivierung« in *express*, Nr. 9/2010.)

Jedenfalls machte der Bericht über Organizingansätze bei der IGM klar, warum es für die Gewerkschaft nahe liegt, sich von diesen Aktivitäten bewegen zu lassen. Die Organisation sucht den Zugang zu den neu zusammengesetzten Belegschaften jüngerer und migrantischer ArbeiterInnen sowie zu ArbeiterInnen jenseits der Kernbelegschaften. Sie sucht Konfliktfähigkeit in Branchen und Betrieben mit niedrigem Organisationsgrad. Sie hat von der Praxis sozialer Bewegungen gelernt und sowohl Leute als *Organizer* eingestellt, die diese Erfahrungen mitbringen, als auch solche, die als Nicht-Funktionäre in der IGM-Arbeit groß geworden sind.

Trotz aller Unterschiedlichkeit sind die Gemeinsamkeiten beider vorgestellten Praktiken deutlich. Es geht um die Ermächtigung der einzelnen Adressierten als individuelle und kollektive politische Subjekte. Es geht um den Auf- bzw. Umbau von langfristig handlungsfähigen Organisationen. Trotz aller Möglichkeiten der Integration von Bürgerplattformen in bürgergesellschaftliche Aktivierungsstrategien und trotz aller Integrationsmöglichkeiten gewerkschaftlicher Organizing-Praxis in partnerschaftliche und konfliktkontrollierte Verhältnisse bieten beide emanzipatorische Chancen, setzen sie doch auf die – politische – Handlungsfähigkeit der Menschen, ermöglichen eine Macht der Einmischung, die sich die Beteiligten dann vielleicht auch nicht mehr so einfach nehmen lassen und die sich auch nicht mehr widerspruchslos in Strategien der moderierten Bürgerbeteiligung oder des betrieblichen Co-Managements einbinden lässt. Getreu dem Holloway'schen Diktum, dass die besten Antworten Fragen sind, enttäuschte der Salon auch Erwartungen an endgültige Klärungen, sondern warf stattdessen Fragen auf, über die zu sprechen doch Interesse finden sollte:

Können sich aus beiden Ansätzen grenzüberschreitende Praxen entwickeln, die die Alltags-Aufspaltungen in Bewohner, Mann, Frau, VerkehrsteilnehmerIn, ArbeiterIn, KonsumentIn überwinden können? Kann *Organizing* zu neuen Koalitionen in Konflikten führen, wie sie z.B. im Rahmen mancher Kampagnen zu bestimmten Unternehmen gelungen sind?

Sollten Gewerkschaften über ein »Zurück« zu Wohnbereichsorganisation nachdenken?

Welches Interesse haben die Stiftungen und geldgebenden Unternehmen an *Community Organizing*? Wie unabhängig können Bürgerplattformen mit dieser Finanzierung bleiben? Machen sie sich damit von »Wohltätern« statt vom Staat abhängig?

Welche Dynamik kann *Organizing* in Gewerkschaften und Betrieben entfalten? Gerät unter Umständen nicht auch *Organizing* in Konflikt mit gewerkschaftlichen Einheitsvorstellungen? Können Belegschaften mehr durchsetzen, wenn sie »organized« kämpfen? Geraten sie dann ins Visier der Unternehmensleitungen, wenn Standorte gegeneinander ausgespielt werden sollen? Bietet *Organizing* im Betrieb die Chance, seinen Unmut über Verhältnisse mal rauszulassen, damit dann doch wieder stellvertretend Regelungen über diese vereinbart werden?

Was bedeutet es, wenn man sich im *Organizing* auf »gewinnbare Konflikte« beschränkt?

Kann *Organizing* in Gemeinden sich auch ausweiten auf die »Habenichtse« oder bleiben diese strukturell von der Einmischung ausgeschlossen? Führen nicht auch solche (Community-) Organisationsformen zu einem »Wir«, das selbst wiederum ausschließt, oder lassen sie Vielfalt im gemeinsamen Handeln erst wirklich zu?

Nach diesen vielen Fragen soll die Antwort auf eine andere Frage, nämlich, wer denn der erste »radical« gewesen sein mag, den Leserinnen und Lesern nicht vorenthalten werden. Denn darauf gibt Alinsky in seinem Panoptikum von Legenden, Mythologie und Geschichte eine Antwort: » ... who rebelled against the establishment and did it so effectively that at least won his own kingdom – Lucifer«. Aber was wäre denn heutzutage das »Königreich«, das zu gewinnen wäre?

* *Wolfgang Völker ist Mitglied der Widersprüche-Redaktion und arbeitet für das Diakonische Werk Hamburg.*

www.Sozialismus.de

Redaktion Sozialismus: Zweifel am Kapitalismus | Annette Ohme-Reinicke: »Stuttgart 21« – das Problem der Repräsentanz | Detlef Umbach: Rente – Ende von Lebensstandard und Teilhabe | Michael Wendl: ver.di – abgebrochene Tarifreform | S. Buchmann/J. Hälker/J. Pruszkowski: Union Busting| Jürgen Leibiger: Staatsschuldendiskussion | Supplement: David Harvey: Urbane Wurzeln der Finanzkrise

Probeabo (3 Hefte): € 10,-; Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg, Fax 040/28 09 52 77-50
E-Mail: redaktion@sozialismus.de

Beschäftigungspakt in wichtigen Beschäftigungsfeldern der Brief- und Paketlogistik kaum noch greift: Der »Gelbe Riese« hat nämlich zum einen sein Fuhrpersonal drastisch abgebaut und lässt mittlerweile viele Transporte durch Subunternehmen mit häufig geradezu skandalösen Arbeitsverhältnissen ausführen. Zum anderen hat sich der Bonner Konzern von seinem Filialnetz getrennt. Die großen Postämter wurden von der Postbank übernommen, während die kleineren Filialen geschlossen oder in fremdbetriebene Postagenturen umgewandelt wurden. Die Deutsche Post beschäftigt deshalb neuerdings keine FilialmitarbeiterInnen mehr.

Die Vereinbarungen zur Entlohnung sollten ebenfalls kein Grund sein, von einem »Spitzenergebnis« zu reden. Trotz der Lohnerhöhungen werden viele Postlerinnen und Postler nach wie vor ein geringeres Einkommen verzeichnen als vor der einschneidenden Umstrukturierung des Entgeltsystems in den Jahren 2001/02. Diese brachte seinerzeit Lohneinbußen von bis zu dreißig Prozent für die Tarifkräfte bei der Deutschen Post mit sich.

Im Übrigen wird auch das »Spitzenergebnis« Lohnsenkungen zur Folge haben. Die Einigung zwischen der Deutschen Post und der Dienstleistungsgewerkschaft ermöglicht es dem Bonner Konzern, die Einstiegslöhne für Arbeitskräfte im Bereich der Briefzustellung zu reduzieren. Neu eingestellte Zustellerinnen und Zusteller erhalten künftig nur noch 10,70 Euro pro Stunde. Bislang beliefen sich die Einstiegslöhne in der durch hohen Leistungsdruck geprägten Zustellung auf stündlich 11,13 Euro.

Problematisch am »Spitzenergebnis« ist obendrein, dass es die ungleichen Einkommensverhältnisse in der Post-Belegschaft verstärkt. Im April wird es zu der erwähnten 4-prozentigen Erhöhung der Löhne kommen. Davon profitieren bekanntlich die hohen Lohngruppen mehr als die Belegschaftsmitglieder in den unteren Etagen des postalischen Entgeltsystems. Die Löhne beim »Gelben Riesen« driften weiter auseinander – mit der Gefahr, dass Entsolidarisierung und Konkurrenzdenken unter den Postlerinnen und Postlern noch stärker um sich greifen.

III. Umso wichtiger ist es, dass sich die ver.di-Linke für eine gewerkschaftliche Lohn- und Tarifpolitik stark macht, die mit der traditionellen Fixierung auf prozentuale Einkommenszuwächse bricht. Die Dienstleistungsgewerkschaft, die für Branchen mit oft hohem Lohngefälle zuständig ist, muss »egalitärer« werden. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung wäre: ver.di versteift sich in Zukunft bei Tarifverhandlungen nicht mehr auf Prozentforderungen, sondern bevorzugt Festbetragsforderungen und verlangt, dass die Löhne aller Beschäftigtengruppen um denselben Betrag steigen.

Wichtig ist auch, dass kritische Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter die aktuelle Renaissance der Sozialpartnerschaftsideologie hinterfragen. Einflussreiche Unternehmen wie die Deutsche Post halten sich zurzeit mit neoliberaler Shareholder-Value-Rhetorik zurück. Sie loben stattdessen »das Soziale« der Marktwirtschaft und geben eher gewerkschaftsfreundliche Statements ab. Gleichwohl wird der »Gelbe Riese« weiterhin auf unternehmens- und arbeitspolitische Strategien setzen, die den Tendenzen zur Leistungsintensivierung, zur arbeitszeitlichen Ultra-Flexibilisierung und zur Prekarisierung der Beschäftigungsbedingungen Vorschub leisten.

Emanzipatorischen Protest und Widerstand gegen diese Strategie zu organisieren, ist freilich kein einfaches Unterfangen. Viele Postlerinnen und Postler äußern zwar Unzufriedenheit mit ihrer Arbeitssituation, gehen aber anscheinend nicht davon aus, durch (gewerkschafts-) politisches Engagement etwas verändern zu können. Weit verbreitet sind offenbar Ohnmachtsgefühle und eine diffuse, bisweilen rechtspopulistisch eingefärbte Wut gegen »die da oben«.

* *Geert Naber arbeitet im Briefsortierzentrum Oldenburg der Deutschen Post*

Der Text ist ursprünglich im Labournet Germany erschienen (www.labournet.de) und wurde für den express leicht überarbeitet.

Bedingt unbedingt

Rezension von Wolfgang Völker

Der bunte Titel des Buches – ein Graffito, auf dem zu Lesen ist »Hol Dir Dein Leben zurück!« – verweist auf die politische Tradition, in die die HerausgeberInnen ihre Intervention in die Debatten um ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) stellen. Es ist die Tradition einer politischen Kritik an Lebensverhältnissen, in denen sich Menschen durch das Unterworfen-Sein unter fremdbestimmte, entfremdete Lohnarbeit von ihren Lebensmöglichkeiten enteignet sehen.

Doch bleiben wir erstmal beim Blick auf die Tradition des vorliegenden Buches. Das besondere an dieser Tradition ist, dass mit dem Begriff des »Existenzgelds« die Verbundenheit zu Aktivitäten und Positionierungen von Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen seit dem Ende der 1970er-Jahre betont wird. Wie schon in dem im Jahr 2008 im Verlag der AG SPAK herausgegebenen Band »Existenzgeld reloaded« wollen die Herausgeber eine Diskussion befördern, die das Anliegen einer »Verbindung des Kampfes für ein gutes Leben weltweit und gegen eine Sozialpolitik, die die Lohnarbeit zum Maß aller Dinge erhebt«, befördert (8).

Dass sich die Herausgeber mit dem Begriff des Existenzgeldes vom BGE absetzen wollen, hat gute Gründe. Unter dem BGE werden sehr unterschiedliche Konzepte verhandelt, die keinesfalls alle emanzipatorisch zu nennen sind. Das Buch ist durchaus als Beitrag zu verstehen, sich trotz aller vordergründigen definitorischen Einigkeit (z.B. im Netzwerk Grundeinkommen) von der Vorstellung »des« bedingungslosen Grundeinkommens zu verabschieden. Somit werden in den Kapiteln »Wirkungen des Existenzgeldes« (15-46), »Lohnarbeit trifft Existenzgeld« (49-74), »Politik und Wirtschaft greifen die Idee auf« (77-136), Menschenrechte und Migration (139-163) und »Ausblick in eine andere Gesellschaft« (167-185) notwendige Facetten einer politischen Diskussion »über eine grundlegende Existenzsicherung« (8) betrachtet. Während der Einbezug feministischer Positionen in die Debatte um ein BGE und Existenzgeld schon als fast traditionell zu bezeichnen ist, sind zwei Erweiterungen an diesem Band hervorzuheben: Einmal gibt es etliche Beiträge, die sich damit auseinandersetzen, wie Positionen eines BGE in Parteien und etablierten politischen Think-Tanks angekommen sind, und zum anderen gibt es Beiträge zur Frage, wie denn Konzepte von bedingungslosem Grundeinkommen zu Politiken aus der Perspektive von Migration und weltweiter sozialer Gerechtigkeit passen. Schließlich wird an dem auch schon im 2008 erschienenen Buch formulierten Gedanken angeknüpft, die Forderung nach einem Existenzgeld mit einer Politik der sozialen Infrastruktur zu verbinden.

Allerdings bietet das Buch nicht nur diese Texte für »fortgeschrittene« LeserInnen und Diskussionsteilnehmer, sondern liefert auch Material zum Einstieg. Auf den Seiten 15-18 wird erklärt, woher die Forderung nach einem Existenzgeld in der jüngeren deutschen Geschichte kommt und es werden die Fragen: »Was ist Existenzgeld?« und »Wie bekommen wir die Finanzierung hin?«, beantwortet. Auf diesen Seiten wird nach dem Motto »Wer von Existenzgeld redet, sollte wissen, was damit gemeint ist!« das »Markenzeichen« (16) skizziert.

Auf dem »Stand 2007« – der auf heutige Verhältnisse fortgeschrieben werden müsste – beträgt das Existenzgeld »800 Euro plus Kranken- und Pflegeversicherung sowie tatsächliche Wohnkosten« (16). Sozialhilfe, Arbeitslosengeld II, Wohngeld, Leistungen des Asylbewerberleistungsgesetzes, Erziehungsgeld und BAFÖG werden durch das Existenzgeld ersetzt. Bedarfe für besondere Lebenslagen werden beibehalten. Das Existenzgeld wird so einerseits ganz pragmatisch reformerisch zu einem sozialpolitischen »Sockel« mit der Funktion eines Mindesteinkommens auf Basis von lohnabhängiger oder selbständiger Arbeit bzw. zu einem Sozialversicherungseinkommen. Andererseits knüpft es an die »allgemeinen Auseinandersetzungen zur Daseinsversorgung an und weist darüber hinaus auf ein zukünftiges Leben, für das es sich lohnt, zu kämpfen« (16).

Auf die in keiner Diskussion um welches BGE auch immer fehlende Frage nach der Finanzierung finden die LeserInnen eine ähnliche Argumentation, ebenfalls auf verschiedenen Ebenen. Es gibt einerseits einen pragmatischen Vorschlag, der eine 50-Prozent-Abgabe auf »jegliche Arten von Nettoeinkommen nach dem jetzigen Steuerrecht« (16), die sogenannte »Existenzgeldabgabe« beinhaltet, ergänzt um bisherige »Steueraufkommen für soziale Transferleistungen, die bisherigen Sozialversicherungsbeiträge« sowie weitere, neu festzusetzende Gewinn-, Kapital- und Erbschaftssteuern; andererseits gibt es den Verweis auf eine an die Voraussetzung von »Bewusstseinsveränderung und politische Kämpfe« gebundene »politische Entscheidungsfreudigkeit« (16), die irgendwo in der Zukunft hergestellt werden muss.

Als wesentliches Alleinstellungsmerkmal im Unterschied zu anderen Vorschlägen eines BGE wird auf der »Notwendigkeit einer grundlegenden gesellschaftlichen Veränderung« beharrt (17), die auf eine andere Produktion, Verteilung und einen anderen Konsum des gesellschaftlichen Reichtums verweist. Ob im Rahmen solcher grundlegenden Veränderungen Geld noch eine Funktion hat, wird jedoch nicht diskutiert. Existenzgeld in diesem Sinne ist ein politisch-pädagogisches Konzept, das uns verdeutlichen soll, »dass unter gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen Schritte zu einem Existenzgeld erkämpft werden müssen, um die Voraussetzungen für ein anderes Leben und Arbeiten zu schaffen« (18).

Anne Allex / Harald Rein (Hg.): »Den Maschinen die Arbeit ... uns das Vergnügen!« – Beiträge zum Existenzgeld, AG SPAK Bücher, 2011, 191 Seiten, 16 Euro, ISBN 978-3-940865-26-7

Es ist aber nicht nur diese eher fundamentale politische Orientierung auf künftige Kämpfe, die die Existenzgeldforderung quasi als Propaganda kennzeichnet, sondern ihre VertreterInnen sind realpolitisch genug zu sehen, dass sie mindestens Verbindungen zu verschiedenen soziale Gruppen, Kämpfen und Bewegungen hier und heute brauchen. Als wesentliche Konflikte werden dabei neben dem »klassischen Verteilungskonflikt« der Konflikt um soziale Sicherheit und ein die Existenz sicherndes Einkommen, Arbeitszeitverkürzung (wohl derzeit auch eher ein Wunsch), der Konflikt um öffentliche Güter und öffentliche Daseinsversorgung sowie die Konflikte im Zusammenhang mit Migration und Flucht genannt. Sowohl das Existenzgeld oder Formen des Grundeinkommens für bestimmte Gruppen wie Kinder oder Alte als auch eine »Sozialpolitik als Sicherung der sozialen Infrastruktur« (vgl. 18) werden als Möglichkeiten gesehen, Interessen aus den verschiedenen Konfliktfeldern zu verbinden.

Neben diesen hier knapp gefassten programmatischen Aussagen vertiefen sich die einzelnen Texte in diverse Aspekt der Debatte. Harald Rein gibt in »Vom Regelsatz zum Existenzgeld – das gute Leben erkämpfen« (20-34) einen Überblick über die jüngere Diskussion um die Bemessung und Höhe der Regelsätze in den bundesdeutschen Grundsicherungssystemen und fordert eine breite demokratische Debatte darüber, was gutes Leben sei. Dieser Forderung ist zuzustimmen.

Zu einer solchen Debatte gehören auch die weiteren Beiträge des Buches. Der Text von Petra Leischen »Existenzgeld – was nutzt es den Frauen?« zeichnet sich leider dadurch aus, dass er nicht die bisherige feministische Diskussion zu Vorschlägen eines BGE vorstellt, sondern im Wesentlichen grundsätzliche Aussagen zu patriarchalen Herrschaftsverhältnissen und fehlender Geschlechtergerechtigkeit in der gegenwärtigen Gesellschaft trifft und Existenzgeld als notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung für die Emanzipation der Frauen charakterisiert (vgl. 43).

Im Kapitel »Lohnarbeit trifft Existenzgeld« diskutiert Frigga Haug ihre »Vier-in-einem-Perspektive« und ihr Verhältnis zum BGE. Ihr geht es wesentlich darum, vier Formen von Arbeit politisch miteinander zu vermitteln: »Arbeit an Mitteln zum Leben« (Erwerbsarbeit), »Arbeit an Mensch und Natur« (Reproduktionsarbeit), »Tätigkeit der Selbstentwicklung« (Muße) und »politische Gestaltung der Gesellschaft« (vgl. 49). Bei diesem »Politikvorschlag an die neue Linke« geht es ihr um »Gerechtigkeit bei der Verteilung von Erwerbsarbeit, fürsorgender Arbeit, Gemeinwesenarbeit und Entwicklungschancen« (49). Die politische Kunst liegt nach Frigga Haug in der Verknüpfung der vier Bereiche, so dass jeder und jede an ihnen im gleichen Maße teilnehmen kann. Dies ist für sie »Kompass« zur Ausrichtung von politischer Praxis (50). Mit dieser Programmatik, die sie im Stil einer Diskussion mit sich selbst vorstellt, trifft sie – mit ihren Worten – auf den BGE-Vorschlag als »Störung« (56). Zum einen erscheint ihr die Forderung angesichts ihrer eigenen gesellschaftsumwälzenden Zielsetzungen als zu »bescheiden«, zum anderen hat sie mit der

Maifestspiele

Aufruf der Frankfurter Aktionskonferenz

Unter der Überschrift »Internationale Solidarität gegen das Krisenkommando der Troika-Mächte!« hatten attac Deutschland, »Die Linke« Hessen, Interventionistische Linke, Erwerbslosen Forum Deutschland, ver.di Stuttgart, Berliner Krisenbündnis, kein mensch ist illegal/transact, Autonome Antifa (f), No Troika-Bündnis Rhein Main, Sozialistische Initiative Berlin, Turn Left und AktivistInnen aus der occupy Bewegung Ende Februar zur Europäischen Aktionskonferenz nach Frankfurt am Main eingeladen, um dort die nötigen Absprachen zu treffen für die Maifestspiele, die ebenfalls in Frankfurt stattfinden sollen. Wir dokumentieren den Abschluss-Aufruf der Konferenz.

»Die 400 TeilnehmerInnen der Aktionskonferenz vom 24.-26. Februar haben beschlossen, vom 17. bis zum 19. Mai zu Tagen des Protestes gegen das Krisenregime der Europäischen Union aufzurufen. Wir wehren uns gegen die Verwüstung Griechenlands und anderer Länder, gegen die Verarmung und Entrechtung von Millionen und die faktische Abschaffung demokratischer Verfahren in der Folge von Beschlüssen der Troika, bestehend aus EZB, EU und IWF.

Die Frankfurter Protesttage schließen damit direkt an den europaweiten Aktionstag des 12. Mai und an den Jahrestag der ersten Assamblea von Madrid an. Wir setzen so ein unübersehbares Zeichen der Solidarität mit den Menschen, die sich seit Monaten schon in Europa gegen das Schuldenregime der Troika und die Angriffe auf ihr Leben und ihre Zukunft wehren. Zeitgleich finden in den USA die Proteste gegen den G8- und Nato-Gipfel in Chicago statt.

Die Wahl Frankfurts ergibt sich aus der Rolle, die die Stadt als Sitz der Europäischen Zentralbank EZB und der mächtigen deutschen und internationalen Banken und Konzerne spielt.

Wir werden am 17. Mai die Anlagen und zentrale Plätze der Stadt besetzen, um uns Raum für Diskussion und inhaltlichen Austausch zu schaffen. Wir werden am 18. Mai den Geschäftsbetrieb der Banken in Frankfurt blockieren, um unsere Wut über die Troika-Politik konkret werden zu lassen. Wir werden uns dann am 19. Mai zu einer großen Demonstration versammeln, um die Breite der Proteste sichtbar zu machen. Aus vielen Ländern und Regionen der Welt werden Menschen nach Frankfurt reisen und sich an den Tagen des Protests beteiligen.

Zum Gelingen der Tage des Protests bedarf es einer Mobilisierung, die von möglichst vielen aktiv getragen wird: der Occupy-Bewegung, Erwerbsloseninitiativen und Krisenbündnissen, GewerkschafterInnen, attac-AktivistInnen, der Umwelt- und Friedensbewegung, antirassistischen und migrantischen, antifaschistischen und linken Gruppen, Organisationen der Jugend und Studierenden, AktivistInnen der verschiedensten lokalen Kämpfe und der AktivistInnen der Partei »Die Linke«.

In die Zeit der Mobilisierung fallen der europaweite Aktionstag zum 31. März, der internationale 1. Mai und Tarifauseinandersetzungen in Deutschland, denen unsere Solidarität gilt.«

Bedingungslosigkeit ein Problem: Mit Bezug auf Rosa Luxemburg plädiert sie für »die soziale Garantie des Lebens«, »damit alle am politischen Prozess teilnehmen können« (56). Man könnte das Verhältnis auch anders beurteilen und schlicht feststellen, dass alle Tätigkeiten, seien sie nun politischer oder müßiggängerischer oder sorgender Art, vernünftigerweise auf der Basis einer Existenzsicherung stehen sollten. Frigga Haug kennt die Breite der Positionen in der BGE-Debatte: »von ganz unternehmerfreundlichen und staatstragenden bis zu anarchistischen mit einem Recht auf ein hedonistisches Leben ohne Verantwortung«. Für alle gelte »im Kern«: »Es soll ein jeder/eine jede ein gutes Leben ohne Wenn und Aber finanziert bekommen« (57). Und mit dieser Grundvorstellung hat sie vor allem zwei Probleme: Einmal fragt sie nach der Verantwortung, »an allem wahrhaft teilzuhaben, auch an der noch notwendigen Arbeit für alle« (57). Ihr politischer Kompass zeigt ihr eine Gleichzeitigkeit und Gleichgewichtigkeit von »ohne jede Schnüffelei gewährte(r) Grundsicherung und eine(r) ebenso selbstverständliche(n) Teilhabe an Gesellschaft in ihren Möglichkeiten und Verantwortungen« (57), weshalb sie dafür plädiert, die politischen Energien auf das »Recht auf einen Erwerbsarbeitsplatz zu richten, auf das Recht und die Pflicht zur Fürsorge für andere Menschen, ein Recht auf Entwicklung und auf politische Gestaltung« (57). Haug nimmt damit die Schwierigkeit wahr, dass BGE-Befürworter Haugs Perspektive eines erweiterten Arbeitsbegriffs teilweise gerne aufnehmen, sie aber aus ihrer eigenen Perspektive das umgekehrt nicht kann. Hinzu kommt als zweites Problem, »dass es eine Forderung für Einzelne ist, also nicht sogleich das Miteinander der gesellschaftlichen Menschen bedenkt« (57). Haug wirft den Befürworten eines BGE vor, nicht die Frage »nach der Verteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit, so auch nicht die nach der Hegemonie« zu stellen (58). Bei Frigga Haug lässt sich doch eine Restdominanz der Vorstellung von gesellschaftlicher Integration über gesellschaftlich notwendige Arbeit feststellen. Aber vielleicht ist gerade das auch nicht so verwunderlich: Die oben genannten vier Perspektiven und Arbeiten sind in Haugs Augen notwendig für die Reproduktion einer jeden Gesellschaft. Schließlich wirft sie allen BGE-BefürworterInnen vor, Arbeit immer nur als Lohnarbeit zu denken. Ihr Plädoyer ist deutlich: Aufteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit auf alle, »wenn er oder sie nicht zu klein, zu alt, zu krank oder behindert ist, und innerhalb dessen darüber nachdenken, was eigentlich gute, menschenwürdige Arbeit ist, an ihrer Verbesserung arbeiten und sie immer weiter zeitlich zurückdrängen« (61). An solche Aussagen müsste sich meines Erachtens in jedem Fall eine Diskussion darüber anschließen a) wie die heutige Gesellschaft zu ihrem Begriff und ihrer Menge notwendiger Arbeit kommt, b) wie sich in einer Vier-in-Einem-Perspektive die Menge gesellschaftlich notwendiger Arbeit demokratisch feststellen und verteilen ließe und c) wie sich demokratisch, emanzipatorisch und frei von so genannten ökonomischen Sachzwängen gesellschaftlich notwendige Arbeit ermessen und verteilen ließe.

Karl Reitter setzt sich vor allem von einer Interpretation des BGE als Mittel der Armutsvermeidung ab. Für ihn »schlummert im Grundeinkommen mehr«, nämlich »der Vorschein auf eine nachkapitalistische Gesellschaft« im Sinne eines »Moment[s] des Übergangs« (65). Das Grundeinkommen drücke nicht nur den Wunsch nach allgemeiner sozialer Absicherung, »sozialer Garantie des Lebens«, aus, sondern »die Perspektive der Selbstbestimmung und Autonomie in der Arbeitswelt« (66). Die neoliberale und neosoziale Vereinnahmung von Selbstbestimmung und Autonomie ist an dieser Stelle nicht Reitters Problem, geht es doch um Wünsche nach und Perspektiven auf ein anderes Leben und Arbeiten. Eine Diskussion zwischen Karl Reitter und Frigga Haug wäre sicher spannend, denn schließlich hält auch er an einer Relevanz von »Arbeit« für die soziale Existenz der Menschen fest, schließlich stimmt auch er Positionen zu, die neue Formen der Vollbeschäftigung bei weniger individueller Arbeitszeit befürworten, sozusagen als »Zwischenetappe für eine letztliche Überwindung der kapitalistischen Form der Arbeit« (68). Er setzt sich auch differenziert mit problematischen, aber ehemals modischen Thesen vom Ende der Arbeit und verkürzten Formen der Arbeitskritik auseinander, die in seinen Augen auf eine falsche Aufspaltung von Arbeit und Tätigkeit zurückgehen. Politisch interessant sind Reitters Aussagen zur jüngeren Geschichte der Versprechungen, die mit Erwerbsarbeit verbunden waren.

Demgegenüber sieht er ein »Versprechen des Grundeinkommens« als Entlastung aller vom Kampf ums Dasein und Befreiung hin zu allen möglichen Tätigkeiten, die alle einen anerkannten Beitrag zur Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Zusammenhangs herstellen (73). Spätestens hier würde ihn Frigga Haug sicher an die gesellschaftlich notwendige Arbeit erinnern, auch wenn sie diese eben nicht als »Kampf ums Dasein« organisiert wissen will.

Wie »Politik und Wirtschaft« die Forderungen und die Diskussion um ein BGE aufgreifen, wird auf den Seiten 77-136 behandelt. Für diese Idee sind die HerausgeberInnen ausdrücklich zu loben, weil dahinter das Interesse an einer stärker differenzierten und differenzierenden Diskussion zum BGE steht. So ist die Lektüre des Textes von Thomas Lohmeier zum Finanzierungskonzept eines BGE im Modell von Götz Werner sehr lohnend, versucht doch endlich mal jemand, das Konzept zu verstehen und seine Widersprüche und Fallstricke im Detail auszumachen. Verwunderlicherweise fehlt hier jedoch ein Hinweis auf den anthroposophischen Hintergrund, vor dem Werner argumentiert und auch die Besteuerung des Konsums begründet. Gleichzeitig lässt Lohmeiers Text auch deutlich werden, wie technizistisch und modellfixiert doch BGE-Diskussionen werden können. Schließlich zeigt er auch noch die Paradoxie des Wunsches nach einer gemeinsamen BGE-Bewegung, die alle unterschiedlichen BefürworterInnen zusammen halten soll. Dem Rezensenten ist es jedenfalls nicht mehr nachvollziehbar, wie nach einer solchen Kritik am Finanzierungsvorschlag noch der Appell Thomas Lohmeiers seine Leserinnen und Leser und die BGE-Bewegung zu verstehen ist, »sich an dieser Frage nicht spalten (zu lassen), denn die Gegner des Grundeinkommens sind zahlreich und mächtig genug« (90). Hier wird krampfhaft versucht, eine Einheitlichkeit und Bündnisfähigkeit zu bewahren, die an politische Naivität grenzt.

Dass auch gestandene Neoliberale Konzepte eines BGE in die Diskussion einbringen, ist bekannt. Harald Rein charakterisiert sie (S. 94-106) als »Visionen und Realitäten erzwungener Lohnarbeit« (94). Er nimmt sich der Vorschläge diverser wirtschaftswissenschaftlicher Think-Tanks an, die alle in Richtung workfare gehen und eigentlich nur im Falle des Konzepts von Thomas Straubhaar und des ehemaligen thüringischen Ministerpräsidenten Althaus etwas mit einem BGE zu tun haben. Beide Vorschläge sind so konzipiert, dass der ökonomische Zwang, Arbeit um jeden Preis anzunehmen, um sich eine Aufstockung des äußerst niedrigen BGE zu verdienen, sehr mächtig ist. Die vorgestellten und diskutierten workfare-Konzepte sind schon vom konzeptionellen Ansatz her das Kontrastprogramm zum Recht, Rechte und ein ausreichendes Einkommen zu haben. Sie zeichnen sich gerade dadurch aus, die Konditionalität von sozialen Rechtsansprüchen zu erhöhen, also die Gewährleistung des soziokulturellen Existenzminimums mit der Ableistung von Arbeit oder Teilnahme an Programmen der Lebensführungsbeeinflussung verbindlich zu verknüpfen. Die Rolle des Textes im vorgestellten Buch ist wahrscheinlich die, nochmals auf die sozial- und arbeitsmarktpolitische Rahmung der BGE-Diskussion durch den aktivierenden Staat zu verweisen. Und schließlich speist sich die Legitimität von Darstellung und Kritik solcher Praktiken in diesem Buch auch aus der Positionierung der Herausgeber in den politischen Zusammenhängen der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen.

Von den Parteien werden in diesem Buch die Grünen und »Die Linke« betrachtet. Die Grünen knüpft sich Anne Allex vor und hält ihnen erstmal ihre Beteiligung an der Agenda 2010 vor. Die BGE-Positionen der Partei sind bekanntermaßen nicht mehrheitsfähig und bieten auch immer weniger Geld als das im Buch favorisierte Existenzgeld. Die Kritik von Anne Allex konzentriert sich vor allem darauf, dass die Grünen »eine Infrastruktur, die Zugang zu grundlegenden öffentlichen Gütern wie Bildung, guter Arbeit und würdigem Auskommen ermöglicht«, fordern »trotzdem lehnen sie ein BGE ab«, weil sie einen Widerspruch zwischen der Verbesserung der Lebenslage durch Geld und der »Herstellung eines Bürgerrechts auf kulturelle, institutionelle und materielle Teilhabe« befürchten (108f.). Im Rahmen ihrer Kritik an den Grünen erhalten die bestehenden, doch auch

Fortsetzung auf Seite 10 oben

Dringliches

Blumengütesiegel Flower Label Program (FLP) vor dem Aus

Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaft beenden ihre Mitgliedschaft

Mit Wirkung zum 31. Dezember 2011 sind FIAN Deutschland, FIAN Österreich, Brot für die Welt, terre des hommes und die IG Bauen-Agrar-Umwelt aus dem Flower Label Program e.V. (FLP) ausgetreten. Die Organisationen sahen sich dazu durch die Entwicklungen im letzten Jahr und den Zustand des FLP e.V. gezwungen. Sie ziehen die erforderliche Konsequenz aus den inhaltlichen Veränderungen des Vereins und dem finanziellen Zusammenbruch des Gütesiegels.

FLP war im letzten Jahr wirtschaftlich nicht mehr tragfähig, die Büros in Köln und Quito (Ecuador) wurden bereits geschlossen. Grund dafür war eine große Zahl von Austritten und Dezertifizierungen von FLP-Betrieben. NROs und Gewerkschaften konnten sich gegenüber Produzenten und Händlern nicht mit dem Vorschlag durchsetzen, FLP in Fairtrade zu überführen. Bislang sind Fairtrade-Schnittblumen in Deutschland in verschiedenen Supermärkten zu kaufen und sollen im Laufe des Jahres auch bei Floristen angeboten werden. In Österreich bieten neben Supermärkten auch Floristen bereits Fairtrade-Schnittblumen an.
»Da FLP aufgrund fehlender Finanzen nicht mehr handlungsfähig ist, besteht die Gefahr, dass das Label missbraucht wird. Unternehmen können damit werben, ohne dass tatsächlich geprüft wird, ob sie FLP-Standards einhalten«, so Joachim Vorneweg von der Menschenrechtsorganisation FIAN. Die Zertifizierung durch FLP basiert auf dem internationalen Verhaltenskodex (ICC, International Code of Conduct) für die Schnittblumenproduktion. Er war von den beteiligten NROs, Gewerkschaften, Produzenten und Handel gemeinsam entwickelt worden und setzt seit 1998 klare Maßstäbe. Der ICC enthält Arbeits-, Sozial- und Umweltkriterien, die auf den UNO-Menschenrechtspakten, den relevanten Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und Umweltnormen beruhen. FLP hat damit für rund 20 000 ArbeiterInnen auf Schnittblumen-Plantagen in Afrika, Asien und Lateinamerika bessere Arbeitsbedingungen durchgesetzt, wie etwa feste Arbeitsverträge, Mutterschutz, Arbeits- und Gesundheitsschutz. Das ist ein klarer Verdienst derjenigen Organisationen, die mit Bedauern heute nicht mehr ihren Platz im FLP haben.
FIAN, Brot für die Welt und terre des hommes werden sich weiterhin im Rahmen ihrer Arbeit für soziale Rechte im Blumensektor stark machen. Auch die IG BAU unterstützt in Zukunft die Siegelung durch den Fairen Handel. Die vier Organisationen fordern KonsumentInnen dazu auf, sich beim Kauf für Fairtrade-zertifizierte Blumen und Pflanzen zu entscheiden.
Eine ausführliche Stellungnahme von FIAN Deutschland finden Sie unter folgendem Link: http://ml.new.fian.de/attachments/FIAN_Stellungnahme_FLP_Austritt.pdf

Kontakt: *Ute Hausmann, FIAN Deutschland e.V., Briedeler Straße 13, 50969 Köln, Germany, Tel. (0221) 70 200 72, u.hausmann@fian.de, www.fian.de*

Arbeit Fair Teilen

Arbeitszeitverkürzung auf die Tagesordnung! Konferenz von attac und Kooperationspartnern in München

Wenn die Produktivität steigt, wenn in immer kürzerer Zeit von immer weniger Arbeitskräften immer mehr produziert wird, dann muss auch die Arbeitszeit entsprechend verkürzt werden. Andernfalls sind immer mehr Menschen von Unterbeschäftigung betroffen. Die in den letzten Jahrzehnten versäumte Arbeitszeitverkürzung hat die Arbeitnehmer zum Spielball der Arbeitgeber gemacht. Von Personalabbau, Betriebsschließungen, Leistungsverdichtung und Lohnsenkung ist täglich in der Zeitung zu lesen. Arme werden ärmer, Reiche reicher.

»The people demand ...«

64 Seiten, € 4,50 (+ Porto)
Buchläden und WiederverkäuferInnen erhalten Rabatt.

Ein Jahr arabische Revolutionen – Fragen an die Linke. Ein ak-Sonderheft.

Bestellungen an: vertrieb@akweb.de
oder ak – analyse & kritik,
Rombergstraße 10, 20255 Hamburg

Querstellen statt querlesen

ak
analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis

Jetzt testen: 3 Ausgaben für 5 Euro
Bestellungen unter www.akweb.de

Fortsetzung von Seite 9 oben

Ungleichheiten reproduzierenden und formenden Sozialversicherungssysteme geradezu höhere positive Weihen. In Allex' Schlusswort werden die meisten LeserInnen sicher nicht von der Feststellung überrascht, dass »die Grünen auf jeden Fall nicht den Marx'schen Weg vom Reich der Notwendigkeit zum Reich der Freiheit« gehen (118). Hier wäre darauf hinzuweisen, dass auch bei Marx ein Reich der Notwendigkeit immer bestehen bleibt und dass es in seiner Perspektive darum geht, wie frei und selbstbestimmt und mit welchem zeitlichen Aufwand dieses gestaltet werden kann.

Roland Blaschke gibt in seinem Beitrag einen Überblick über »Die Debatte über den Arbeitsbegriff und das Grundeinkommen in der Partei ›Die Linke‹«. Darin stellt er dar, dass ein weit gefasster Arbeitsbegriff innerhalb der Partei – auch als sie noch PDS war – »ein Gemeinplatz« war, es nun aber nicht mehr sei. Die Gründe dafür sieht Blaschke, der Mitglied der BAG Grundeinkommen innerhalb der Partei »Die Linke« ist, erstens darin, dass führende Mitglieder immer wieder auf die eigentumsbegründende Funktion von Arbeit hinweisen (125), und zweitens in der Partei »unreflektiert« mit dem Begriff der »guten Arbeit« umgegangen werde (126). In diesem Umgang geht für Blaschke die Diskussion um Ausbeutungsverhältnisse verloren und die Partei »Die Linke« komme nicht mehr zu einer Kritik der Lohnarbeit und der Destruktivität von Lohnarbeit gegenüber äußerer wie innerer Natur (128 f.). An die Darstellung dieser Diskussion um »Arbeit« schließt sich die Darstellung der Diskussion um das BGE an. Bemerkenswert dabei ist, dass die eben noch kritisierte »gute Arbeit« bei der Darstellung des »BGE als Bestandteil einer emanzipatorischen und gesellschaftstransformatorischen Gesamtstrategie« wie selbstverständlich wieder auftaucht (arbeitsrechtliche Verbesserungen, Arbeitszeitverkürzung, Mindestlohn). Wahrscheinlich lassen sich solche Ambivalenzen nur im Rahmen parteiinterner Abgrenzungskämpfe verstehen. Ronald Blaschke hätte ja einfach ganz pragmatisch anerkennen können, dass auch im Kampf um »gute Arbeit« emanzipatorische Potenziale liegen, sich eben nicht dem Ethos der Arbeit um jeden Preis unterzuordnen. Schließlich stellt Blaschke auch jene Positionen innerhalb der Partei vor, die ein BGE grundsätzlich ablehnen. Dabei formuliert Blaschke in seiner Argumentation gegen Positionen, die diese Forderungen als »illusionär« kritisieren, einen Satz, der in Inhalt und Ton erschreckt: »Die alte linke Weisheit, dass der Kampf für linke Projekte zugleich ein Kampf für andere Herrschaftsverhältnisse ist und sein muss, ist offensichtlich vollkommen verloren gegangen« (134). Wo bitte bleibt die Emanzipation, wenn es um andere Herrschaftsverhältnisse geht?

Anders als der Blick in die Abgründe parteiinterner Diskussionen sind die Beiträge von Gudrun Dienst und Tim Engel vom »Food First Informations- und Aktionsnetzwerk« (FIAN), die die BGE-Debatte in den Kontext der Diskussion um die Stärkung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte (»wsk-Rechte«) weltweit stellen. Schon lange werden die BGE-Forderungen dahingehend kritisiert, dass sie sich auf die sozialen Verhältnisse in den ›reichen Ländern‹ beziehen. Dienst und Engel stellen das Selbstverständnis von FIAN als »zivilgesellschaftliche Organisation (...) zur Stärkung und Weiterentwicklung des Menschenrechtssystems mit seinen Instrumenten« dar (141) und berichten von den Argumentationen, mit denen FIAN und andere NGO den fünften Bericht der Bundesregierung zur Umsetzung der wsk-Rechte aus dem Jahr 2008 in einem Parallelbericht kritisiert haben. Darin werden selektive Sozialprogramme kritisiert, wie sie in der hiesigen sozialstaatlichen Regulation üblich sind, und es werden bedingungslose Mindest- und Grundeinkommenssysteme favorisiert (146). Eklatantes Beispiel für eine selektive Politik ist z.B. das Asylbewerberleistungsgesetz. Kritisiert wird auch die Zunahme von Unterstützungssystemen wie Suppenküchen, Sozialkaufhäusern und Tafeln, die nicht auf Rechtsansprüchen basieren (149). Insgesamt halten Dienst und Engel den Bezug auf das Menschenrechtssystem für eine Möglichkeit, globale Allianzen mit dem Ziel der Herstellung von Gerechtigkeit zu fördern – schließlich sei es ein »anerkanntes Wertesystem« (150).

Gleiche Ansprüche auf Menschenrechte bedeuten keine gleichen Lebensverhältnisse. Soziale Ungleichheiten bestehen, und soziale Ungleichheiten werden in der Regel nationalstaatlich reguliert. Nationalstaaten bestimmen darüber, wer als Staatsbürgerin oder Staatsbürger dazugehört oder nicht. Grundeinkommenskonzepte verstehen sich in der Regel als Alternative zu sozialen Sicherungssystemen, die auf der Leitfigur des männlichen Lohnarbeiters oder des verallgemeinerten Arbeitsbürgers beruhen, gekoppelt mit den entsprechenden Geschlechterverhältnissen – die alternative Figur die des Staatsbürgers liegt insofern nahe.

Hagen Kopp weist in seinem Beitrag (153-163) darauf hin, dass häufig von einem gegenseitigen Ausschluss der Forderungen nach offenen Grenzen und Forderungen nach einem BGE ausgegangen wird. Er hält das für eine wenig produktive Polarisierung. Ausgangspunkt seiner Überlegungen ist die bei BGE-Konzepten auftauchende Frage, auf Basis welchen Aufenthaltsstatus' das Recht auf ein ja eigentlich bedingungsloses Grundeinkommen beansprucht werden kann. Auch im Konzept der BAG der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen sei das BGE für diejenigen vorgesehen, die sich »dauerhaft« in Deutschland aufhalten – unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Was aber »dauerhaft« meint, werde nicht erläutert. Andere Konzepte sprechen ebenfalls unklar von »allen Menschen im jeweiligen Hoheitsgebiet« (154). Da es in diesen Debatten letztlich immer um Fragen der Verteilung von finanziellen Ressourcen (und Lohnarbeit) geht, ist es nur konsequent, wenn Kopp im Rückgriff auf andere AutorInnen dafür plädiert, Grundeinkommenskonzepte von Anfang an nur global zu denken. So kann Umverteilung von Reichtum auch auf Basis des ökonomischen Beitrags der illegalisierten ArbeiterInnen und des weltweiten Ausbeutungsgefälle diskutiert werden. Dabei verweist er auf Vorschläge eines »solidarischen Nord-Süd-Transfers« und auf Positionen von medico international, die davon ausgehen, »dass der Anspruch auf ein gutes Leben für alle nie nationalstaatlich realisiert werden kann« (156). In der migrationspolitischen Diskussion sieht Kopp jedenfalls in der Orientierung auf globale soziale Rechte den Versuch, der Migration als Bewegung gerecht zu werden, die den Anspruch auf ein besseres Leben jenseits politischer Unterdrückung und ökonomischer Ausbeutung ausdrücke (157). Jedoch habe sich keine Möglichkeit ergeben, das Projekt globaler sozialer Rechte zu konkreter politischer Praxis werden zu lassen. Einen theoretischen Verknüpfungspunkt sieht er zwar mit dem Entwurf einer »Sozialpolitik als Bereitstellen von gesellschaftlicher Infrastruktur«. Er betrachtet diese Vorschläge unter migrantischer Perspektive und beurteilt die Forderung nach einer Infrastruktur positiv, da sie »gänzlich unkontrolliert einfach allen zur Verfügung« stehe (160). Zugleich hält er den Mangel fest, dass im Konzept die migrantische Situation nicht explizit thematisiert wird.

Die das Buch beschließenden »Ausblicke in eine andere Gesellschaft« sind sehr unterschiedlich. Der Text von Ingrid Wagner ist vom Typus her eine direkte Ansprache und Agitation des Lesers und der Leserin (»Sie zu treffen und zu berühren war mein Ziel«, 172), um vom »Fetisch Arbeit« – gemeint ist Lohnarbeit – abzulassen und zu »sinnvoller Tätigkeit« aufzubrechen.

Der Text von Brigitte Oehrlein hingegen versammelt noch einmal ganz grundsätzliche Argumente, wie die »Transformation in eine Gesellschaft, die den Menschen als Maß der Verhältnisse nimmt« (173), denkbar sein könnte. Statt auf ein Grundeinkommen in Geldform zu setzen, plädiert auch sie für eine kostenlose soziale Infrastruktur, die klassische Bereiche der Daseinsvorsorge abdeckt und in Teilen dezentral und gemeinschaftlich gestal-

---

Mit der Konferenz sollen Schritte zur Befreiung von dieser Geiselhaft diskutiert werden. Es ist Zeit, die Arbeitszeitverkürzung wieder auf die Tagesordnung zu bringen. Eine neue kurze Vollzeit – orientiert an der 30-Stunden-Woche – macht Vollbeschäftigung möglich. Dann ist Schluss mit der ständigen Angst um den Arbeitsplatz! Die Arbeitnehmer kommen wieder in eine starke Position. Gewerkschaften können höhere Löhne durchsetzen – trotz kürzerer Arbeitszeiten. Dann profitieren nicht, wie jetzt, allein die Unternehmer, sondern alle vom Produktivitätsfortschritt.
Dieser Ansatz soll aus vielen Perspektiven angegangen, die Widerstände und Wege zur Durchsetzung diskutiert werden.

Aus dem Programm:

- Das Manifest zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit, Mohssen Massarrat (Prof. für Politische Wissenschaft, attac)
- Arbeitszeitverkürzung als gesamtgesellschaftliches Projekt, Diskussion mit Thomas Meyer-Fries, Stephan Krull (attac, IGM, Rosa Luxemburg Stiftung), Mike Gallen (Arbeitslosenseelsorger, Erwerbslosen Initiative Oberbayern), Gisela Notz (Autorin, Redakteurin bei Lunapark21), Almut Büttner-Warga (ver.di-Frauen München)
- Finanzierung der Arbeitszeitverkürzung, Mohssen Massarrat
- Postwachstum sozialverträglich gestalten, ökologische Wirkung von Arbeitszeitverkürzung, Michaela Amiri (attac)
- Arbeitszeitverkürzung im europäischen Kontext, Sonja Schmid (isw – Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.)
- Auswege aus der Arbeitsverdichtung, Peter Ziegler (Katholische Arbeitnehmer Bewegung)
- Arbeitszeitverkürzung aus der Jugendperspektive, Monika Richter (ver.di Jugend München), Benjamin Wermuth (ver.di Jugend München)
- Arbeitszeitverkürzung aus der Frauenperspektive, Almut Büttner-Warga (ver.di Frauen München), Kerstin Weiss (ver.di Frauen München)
- Wie können wir Arbeitszeitverkürzung gesellschaftspolitisch vermitteln? Rudolf Albert (attac), Natascha Eichner (Kurt Eisner-Verein)
- Gesundheitliche Aspekte der Arbeitszeitverkürzung, Sybille Ott (Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt)

Zeit & Ort: *23. und 24. März, EineWeltHaus, Schwanthalerstraße 80, 80336 München*

Kontakt & Anmeldung: *www.attac-muenchen.org (AK ArbeitFairTeilen) oder sue.duerr@attac-m.org*

Labor Notes Conference goes Chicago

Solidarity for the 99 %

Die internationale Labor Notes-Konferenz, das größte Zusammentreffen von gewerkschaftlich Aktiven, Workers Center-Mitgliedern und Troublemakern aus den USA und der ganzen Welt, findet dieses Jahr in Chicago statt.
In mehr als 100 Treffen und Workshops sollen u.a. kreative Organizing-Strategien, die Wiederbelebung von Streik-Instrumenten, Wege zur Überwindung der Apathie, die Stärkung der lokalen gewerkschaftlichen Verankerung und ökonomische Analysen diskutiert werden.
Die reguläre Teilnahmegebühr beträgt 130 US-Dollar. Ermäßigte Hoteltarife (115 US-Dollar) bei Buchung bis zum 2. März unter: labornotes.org/conference/hotel

Zeit & Ort: *4. bis 6. Mai, Crowne Plaza Hotel at Chicago's O'Hare Airport, Chicago, Illinois*
Information & Anmeldung:
Labor Notes, 7435 Michigan Ave., Detroit, MI 48210,
Tel. (001) (0) 313-842-6262,
conference@labornotes.org,
www.labornotes.org

tet ist (178). Eine solche Infrastruktur ist die Voraussetzung, alternative Formen der Arbeit, der Kooperation und der demokratischen Beteiligung zu entwickeln. Das Überwinden der Warenförmigkeit der Bedürfnisbefriedigung braucht also ein BGE in Form von Geld lediglich als ergänzende Unterstützung zu einer Infrastruktur. »Weder ist es eine Lösung für ein ›gutes‹ Leben noch ein Allheilmittel« (181).

Als Fazit lässt sich feststellen, dass in dem Buch zu Recht sehr viel über »Arbeiten« und gesellschaftlich notwendige Arbeiten diskutiert wird. Des Weiteren spielt eine kostenlose soziale Infrastruktur eine zentrale Rolle. Beides zusammen deutet darauf hin, dass es sich trotz aller radikalen Transformations- und Bruch-Rethorik beim Existenzgeld eigentlich nicht um einen Generalschlüssel für die Tür zu einer BGE-Wunderwelt handelt, sondern durchaus um ein Angebot, um über ›radikal reformistische‹ Veränderungen im Bereich der Arbeiten und der sozialen Existenzsicherung nachzudenken. Auffällig ist auch, dass der ganze Bereich des Wohnens als wichtiger Teil unseres Lebens außer als Kostenfaktor nicht thematisiert wird – trotz Recht-auf-Stadt-Bewegungen.

Als offene Baustellen bleibt neben der Schwierigkeit einer Politik globaler sozialer Rechte und Leistungen wie immer die Frage, welche sozialen und politischen Akteure denn bei solchen reformistischen Versuchen überhaupt mitstreiten wollten. Für einen nächsten Band in dieser Tradition sei angeregt, doch noch mal genauer zu betrachten, welche emanzipatorischen sozialpolitischen Reformvorschläge derzeit von wem formuliert werden und welche sich vielleicht in sozialen (Alltags)kämpfen artikulieren und ob sich darin grenzüberschreitende Verbindungen finden lassen.

Die Langfassung dieses Artikels wird in den Widersprüchen Heft 123 erscheinen

Kampf um Kontrolle

Finanzkrise und alternative demokratische Wirtschaftsmodelle in Venezuela

Opel, Karstadt, manroland oder Schlecker in Belegschaftshand? So etwas scheint in Deutschland kaum vorstellbar – weder als pragmatische Alternative zu Betriebsschließungen oder Massenentlassungen, noch gar als ›Einstieg in den Ausstieg‹, als Umbau der Unternehmen in Richtung einer gesellschaftlich organisierten und kontrollierten Produktion. Zu sehr klingt dies nach Wunschkonzert in den heiligen Hallen Utopias. Eine Reihe von Beispielen vor allem in Ländern Lateinamerikas zeigt, dass es sich dabei durchaus nicht um abstrakte Modelle handelt, die gewissermaßen technisch installiert oder ›übertragen‹ werden müssten, sondern um Erfahrungen, denen bestimmte Voraussetzungen zugrunde liegen. Sich diese zu vergegenwärtigen und auf Vergleichbarkeiten hin zu befragen, ist Anliegen des von dem Berliner Verein »Interbrigadas e.V.« initiierten Projekts »Control Obrero«, das wir hier vorstellen. Vom 13. März bis 4. April 2012 wird es im Rahmen einer auch vom express unterstützten Rundreise durch Deutschland Gelegenheit geben, mit Vertretern besetzter Betriebe aus Venezuela zu diskutieren.

Seit nunmehr drei Jahren beherrscht die Finanz- und Wirtschaftskrise die Debatten in der Öffentlichkeit, der Presse, im Fernsehen und am Stammtisch. Waren es in vergangenen Jahrzehnten Krisen in Lateinamerika oder Asien, begann mit der Pleite von Lehman Brothers eine elementare Wirtschaftskrise, die zum ersten Mal seit 80 Jahren die Industrieländer Europas und Nordamerikas erfasste. Nach zahlreichen Rettungspaketen und der folgenden drastischen Überschuldung der öffentlichen Haushalte zur Rettung des Finanzsektors hat sich die Krise nun auch auf die Staaten als solche ausgebreitet. Waren zunächst nur relativ kleine Volkswirtschaften wie Island oder die baltischen Staaten knapp dem Fiasko entkommen, so machen sich seitdem Ängste vor Staatspleiten in Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien breit. Diese sog. PIIGS-Staaten waren Gegenstand zahlreicher Krisengipfel der Europäischen Union und gelten als möglicher Anlass für ein Zerbrechen des Euro-Raums. Neuerdings ist auch Frankreich Objekt der Spekulation, und es scheint, als ob der finanzmarktgetriebene Kapitalismus ganze Volkswirtschaften auf Jahre in die Rezession stürzen könnte.

Seit Ausbruch der Krise ist viel von den Ursachen und Lösungsansätzen zur Krise gesprochen worden. Oft werden dabei individualisierende Gründe angeführt: Mal waren die »Bankster« zu verschwenderisch mit ihren Krediten, dann wieder zu geizig, als eine Kreditklemme drohte. Andere wiederum argumentieren ganz schlicht mit der Verschwendungssucht im mediterranen Raum: Die Bevölkerung dort habe »über ihre Verhältnisse gelebt«. Gemessen an den geringen Einkünften von ArbeitnehmerInnen in der europäischen Peripherie und den astronomischen Finanzspritzen für die europäischen Banken sind diese Argumentationsketten nichts als Populismus. Arbeitslosenraten von rund 20 Prozent und eine Jugendarbeitslosigkeit von 30 bis 40 Prozent in diesen Staaten führen vielen Menschen vor Augen, dass die aktuelle Wirtschaftspolitik der Mehrheit der BürgerInnen keine Perspektive aufzeigt.

Angesichts der Auswirkungen einer primär angebotsorientierten Wirtschaftspolitik und den geringen Chancen für keynesianische Politik im Finanzmarktkapitalismus gewannen in den letzten Jahren Diskussionen über alternatives Wirtschaften wieder mehr Aufmerksamkeit. Solidarische Ökonomie, Commons und Wirtschaftsdemokratie bezeichnen Ideen, die eine am gesellschaftlichen Bedarf orientierte Ökonomie ermöglichen sollen. In einigen lateinamerikanischen Ländern werden solche Projekte solidarischen Wirtschaftens bereits erprobt. Die Staatspleite Argentiniens 2001 und die daraus resultierenden Nöte der Menschen sehen den Problemen in den hoch verschuldeten und zum radikalen Sparen gezwungenen Euroländern zum Verwechseln ähnlich. Auch andere Länder Lateinamerikas waren Opfer angebotsorientierter Wirtschaftspolitik, die Armut und sozialen Kahlschlag zur Folge hatten. Vor diesem Hintergrund etablierten sich in Argentinien, Bolivien, Brasilien, Ecuador und Venezuela Netzwerke kooperativen Wirtschaftens.

Welche Ziele und Prinzipien liegen diesen Bewegungen zu Grunde? Was können EuropäerInnen von diesen Entwicklungen lernen? Wo gibt es positive Anknüpfungspunkte und welchen Problemen sehen sich solche Projekte gegenüber? Wie verhält sich der Staat gegenüber genossenschaftlichen Produktionsbetrieben? Wann ist er Förderer oder Blockierer solcher Entwicklungen?

Um Antworten auf diese Fragen zu finden, wollen wir zwei Gewerkschaftsvertreter aus Venezuela nach Deutschland einladen. Am Beispiel zweier Betriebe aus der Auto(zulieferer)industrie werden wir mit ihnen über ihre Erfahrungen mit genossenschaftlichen bzw. verstaatlichten Betrieben in Belegschaftshand diskutieren. Im Folgenden werden wir die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen für Unternehmen in Belegschaftshand beleuchten und die Situation der beiden Betriebe vorstellen.

Verstaatlichung: mehr Rechte für Beschäftigte?

Seit den 80er-Jahren befand sich Venezuela in einer Krise, die durch Deindustrialisierung und einen Rückgang der Beschäftigten im formellen Sektor geprägt war. Das Ergebnis dieser Krise führte zu einer breiten Mobilisierung der armen Bevölkerungsschichten Venezuelas, die letztlich 1998 Hugo Chavez, den aktuellen Präsidenten, ins Amt brachten. Im Zuge der Unternehmerstreiks 2002/2003, in dem private UnternehmerInnen versuchten, durch Betriebsstilllegungen die Regierung zu destabilisieren, verschlechterten sich die Arbeitsbedingungen in vielen Betrieben abermals. In manchen Fällen machten sich UnternehmerInnen mit den Löhnen der ArbeitnehmerInnen aus dem Staub und wanderten aus, beispielsweise in die USA.

Mit vielfältigen Initiativen versuchte die

Fortsetzung auf Seite 12 oben

Race, Class und Gender in der Geschichte des Sozialismus

Veranstaltung mit dem Historiker Ralf Hoffrogge

Die alte sozialistische Arbeiterbewegung hat einen schlechten Ruf – schon der Titel ist patriarchal, und auch Rassismus und Antisemitismus kamen nach gängiger linker Auffassung bestenfalls als »Nebenwidersprüche« vor. Doch ist das wirklich alles so einfach?

Der Historiker Ralf Hoffrogge (Gesprächskreis Geschichte der RLS und Mitglied im Netzwerk linker BildungsarbeiterInnen reflect!) hat diese Frage untersucht. In seiner Einführung »Sozialismus und Arbeiterbewegung« in der Reihe theorie.org widmet er sich der Geschichte der sozialistischen Bewegung in Deutschland.

Seine These: Kämpfe um das Soziale waren Kernfrage, aber nie einziges Thema der sozialistischen Arbeiterbewegung. Sie beschäftigte sich schon im 19. Jahrhundert mit Geschlechterverhältnissen, kämpfte gegen rassistische Diskriminierung und Antisemitismus, setzte sich gegen die Kriminalisierung von Homosexualität ein. Diese Breite zeitgenössischer Diskussionen soll in der Veranstaltung kurz vorgestellt werden.

Es gilt, neu zu diskutieren, wie in der Vergangenheit verschiedene Kämpfe um Emanzipation zusammengeführt wurden – oder auch scheiterten. Denn auch das Wissen um historische Niederlagen ist besser als ein geschichtsloser Zustand, in dem selbst die Idee des Kampfes abwesend ist.

Zeit & Ort: *7. März, 20 Uhr, Infoladen Bremen, St. Pauli-Straße 10/11, 28203 Bremen*

Information & Kontakt: *Rosa-Luxemburg-Initiative e.V., Bernd Hüttner, Breitenweg 25, 28195 Bremen, Tel. (0421) 390 96 20, Email: huettner@rosalux.de, www.rosa-luxemburg.info*

Ethischer Ungehorsam – désobéissance éthique

Französisch lernen als Vorbereitung der Tour de France. Bildungsurlaub des Forums Eltern und Schule

Die gesamte Woche soll selbstorganisiert durchgeführt werden, die notwendigen Tätigkeiten – vom Putzen über Einkaufen und Essen kochen – werden als lebendiges Alltagshandeln und Sprechen in das französisch lernen eingebaut.

Diese Woche ist etwas Besonderes. Das Sprachenlernen wird verbunden mit dem realen Geschehen in Frankreich, gleichzeitig wird sprachlich und gedanklich der Bildungsurlaub »Tour de France« im Mai in Paris vorbereitet und das gesamte verwendete Vokabular wird durch das Memory-Spiel alltäglich digitalisiert und am Ende des Tages spielerisch angeeignet.

Aus dem Programm:

- Der ethische Ungehorsam – ausgewählte deutsch-französische Texte als Grundlage
- Film über eine Fabrikbesetzung: pot de thé / pot de fer
- »Comment ça va?« – Einüben in das Alltagssprechen, Text zusammenfassen: désobéir – c'est quoi? Verweigern, was bedeutet das? Die Geschichte dieses Begriffs in Verbindung mit dem Lied »le déserteur« und »La guerre d' Algérie« – Der Algerienkrieg und das »Manifest der 121«
- Video-Bericht eines Elektrikers des staatlichen EDF-Stromversorgers. Dominique Liot hat sich zusammen mit Kollegen geweigert, die Stromverbindung in armen Haushalten zu kappen. Dieser Bericht wird angehört und im Anschluss gemeinsam bearbeitet.
- Film: »Le Havre«
- Brief eines Lehrers an seine vorgesetzte Behörde »Warum ich die neuen Gesetze der Schulbehörde nicht im Unterricht umsetze – ich verweigere mich«, den Brieftext auf Französisch bearbeiten, lesen und diskutieren. Kurze Einführung in die Eckpunkte dieser umstrittenen neuen Schulgesetze in Frankreich
- Video-Bericht: die Erklärung des

Projektbeschreibung

Vor dem Hintergrund der politischen Umbrüche und der Versuche, u.a. in den sogenannten ALBA-Staaten[1], gesellschaftspolitische Alternativen zum Neoliberalismus zu entwickeln, gründeten wir 2006 den Verein »Interbrigadas e.V.« in Berlin. Der Verein verfolgt das Ziel, den politischen, sozialen und kulturellen Austausch zwischen Europa und Lateinamerika voranzutreiben. Ganz praktisch heißt das u.a., Reisegruppen (Brigaden) zu bilden, die sich mit den jeweiligen Entwicklungen vor Ort auseinandersetzen, und die Kooperationspartner vor Ort (kommunale Räte, Armutsbekämpfungsprogramme, Bildungsmissionen, besetzte sowie verstaatlichte Betriebe etc.) zu unterstützen. Dabei werden im Vorfeld Bildungsangebote bzw. Kursprogramme erarbeitet, die sich an den Bedürfnissen der jeweiligen lokalen Partner orientieren. Das reicht von Theater-, Politik-, Geschichts- oder auch Organisationsseminaren über Sprachkurse bis zum Aufbau von kommunalen Radios oder Filmstudios. In Deutschland bietet Interbrigadas Infoveranstaltungen zur politischen Situation Lateinamerikas oder zu Erfahrungen in den Projekten an, organisiert Konzerte oder Ausstellungen.

Von der Idee zum Projekt – Die Rundreise

Im Jahr 2009 besuchten wir das erste Mal die Autoglasfabrik Vivex in Barcelona (Bundesstaat Anzoategui), die zu diesem Zeitpunkt besetzt gehalten wurde. Wir hatten von der Besetzung gehört und wollten uns durch einen Besuch ein eigenes Bild von den Forderungen der ArbeiterInnen machen. Wir suchten außerdem nach KooperationspartnerInnen für unsere Vereinsarbeit. Die ArbeiterInnen berichteten uns von anfänglich zeitlich begrenzten Besetzungen, die das Ziel hatten, ausstehende Lohnzahlungen einzufordern. Die Fabrikleitung versuchte, die Beschäftigten mit Abfindungszahlungen aus dem Betrieb herauszukaufen, um eine neue und gefügigere Belegschaft an ihre Stelle zu setzen. Die ArbeiterInnen besetzten daraufhin erneut das Fabrikgelände, was zu einer, von der Fabrikleitung initiierten, polizeilichen Räumung führte, die sich auch gegen die besetzte Nachbarfabrik des japanischen Autoherstellers Mitsubishi richtete. Bei dem Räumungsversuch wurden zwei Arbeiter erschossen. In der Folge entwickelte sich eine öffentliche Diskussion um die Geschehnisse in beiden Fabriken und um die Forderungen der ArbeiterInnen. Da die Unternehmensleitung keinen weiteren Versuch unternahm, gegen die Besetzung vorzugehen, konnte schließlich die Verstaatlichung der Vivex Fabrik durch die organisierte Belegschaft in Gang gesetzt werden. (...)

Zusammen mit den ArbeiterInnen entwickelten wir die Idee einer Rundreise von AktivistInnen aus besetzten Betrieben Venezuelas in Deutschland. Bei dieser Rundreise soll es um einen gegenseitigen Austausch von Erfahrun-

Fortsetzung von Seite 11 oben

Regierung, zum einen den privaten Sektor durch günstige Kredite zu beschwichtigen und zum anderen eine staatliche Kontrolle über strategisch wichtige Produktionszweige zu erlangen. Diese Produktionszweige waren bis dato unter Kontrolle einer korrupten Oligarchie. In der wichtigsten Branche, der Ölindustrie, wurde die staatliche Kontrolle nach dem Generalstreik zur Jahreswende 2003 zumindest faktisch wiederhergestellt. Dabei entließ der Staat viele Verantwortliche, die sich durch Sabotage der Ölförderungsanlagen strafbar gemacht hatten, und leitete gerichtliche Verfahren ein. Im Anschluss daran propagierte Chávez für den gesamten industriellen Sektor verschiedene Eigentums- und Arbeitermitbestimmungsmodelle (»cogestión«), doch manche Belegschaften strebten eine ausschließliche Kontrolle der Betriebe durch die Beschäftigten an (»control obrero«).

Es gibt in Venezuela jedoch nach wie vor keine einheitliche gesetzliche Regelung zu Arbeitermitbestimmung bzw. Arbeiterkontrolle. Diese Ungewissheit führte dazu, dass sich unterschiedliche Modelle und Initiativen entwickelten, die auf die eine oder andere Weise eine demokratische Produktion der Wirtschaft ermöglichen sollten. 2004 rief Präsident Chavez abermals Gemeinden und Beschäftigte stillgelegter Fabriken auf, diese zu besetzen und auf dieser Basis staatlich geförderte Kooperativen zu gründen oder eine Verstaatlichung zu fordern. Wiederum trat eine Vielzahl von Akteuren auf den Plan, die Fabriken besetzten oder in staatlichen, aber auch in privaten Betrieben Arbeiterkontrolle und Mitbestimmung einforderten. Den Forderungen nach Arbeiterkontrolle standen die Sorgen derjenigen in Staat und Betrieben gegenüber, die um ihre Privilegien und um ihren Einfluss fürchteten. Bis heute stehen selbst große Teile der traditionellen venezolanischen Gewerkschaftsverbände den sich unabhängig organisierenden ArbeiterInnen und ihren Rätestrukturen argwöhnisch gegenüber, da sie ihr Monopol bei der Organisation der ArbeiterInnen bedroht sehen. Nach unseren Erfahrungen sind die traditionellen Gewerkschafter in den Fabriken eine eigene Klasse, oftmals tief in Korruption verwickelt, und ihre primäre Ausrichtung auf Lohnpolitik lenkt von Konflikten zwischen Fabrikeignern und Arbeitern ab. Dagegen formieren sich neue Gewerkschaften, die das Prinzip der Arbeiterselbstverwaltung propagieren und für dessen gesetzliche Verankerung kämpfen. Die Entscheidungen innerhalb der verstaatlichten Betriebe sollen gänzlich und allein von der Arbeitervollversammlung getroffen werden – in bestimmten Fällen auch unter Einbeziehung der lokalen Gemeinden. Gegen die Versuche, eine partizipative, solidarische Wirtschaftsordnung zu erproben und aufzubauen, wirken politische EntscheidungsträgerInnen auf lokaler und nationaler Ebene, eine aufgeblähte Ministerialbürokratie und die Interessen von PrivateigentümerInnen. Die weiterverarbeitende Industrie ist dabei von zentraler Bedeutung, da sich nur mit ihrem Erfolg eine nachhaltige Wirtschaft aufbauen lässt, die nicht mehr allein vom Erdöl abhängig ist.

Im Dezember 2011 gab Chavez nun bekannt, dass ein Verfahren zur Erarbeitung eines neuen Arbeitsgesetzes (das bisher gültige besteht seit den 1960er-Jahren) eingerichtet werden sollte, mit dem u.a. der Rahmen für eine solidarische und partizipative Organisation des produktiven Sektors festgesetzt werden soll. Es bleibt abzuwarten, welche Interessen sich in dieser Debatte durchsetzen.

Autobetriebe als Kooperativen? Das Beispiel Vivex...

Die 1964 gegründete Autoglasfabrik Vivex liegt in Barcelona, der Hauptstadt des venezolanischen Bundesstaats Anzoateguí. Hier werden Windschutz- und Seitenscheiben für Autos, Busse und LKWs hergestellt, u.a. für die Autohersteller Mitsubishi, General Motors, Toyota und Mack. Vivex ist eine von insgesamt vier Autoglasfabriken in Venezuela und stellte bis zu den Auseinandersetzungen im Jahr 2003 rund 80 Prozent aller Autoscheiben des Landes her. Die maximale Produktionskapazität der Fabrik liegt bei circa 50 000 Autoscheiben im Monat, bei voller Auslastung arbeiten hier rund 340 Beschäftigte.

Obwohl Fabrikarbeit in Venezuela als angesehene, gut bezahlte Beschäftigung gilt, herrschten in Vivex dennoch schwierige Arbeitsbedingungen. Zusätzlich zu den hohen Tagestemperaturen des tropischen Venezuela heizten die Öfen der Scheibenproduktion die Luft in der Fabrik auf. Fehlende Ventilation, mangelhafte Trinkwasserversorgung und geringe Arbeitsschutzmaßnahmen prägten dort seit der Jahrtausendwende das Bild. Gegen diese prekären Verhältnisse formierte sich häufig Widerstand. Als die Unternehmensleitung darauf mit ungerechtfertigten Entlassungen antwortete, gründete sich 2003 eine neue, betriebseigene Gewerkschaft (Sutra-Vivex). Dies vor allem auch, weil die ArbeiterInnen sich durch den unternehmerfreundlichen Gewerkschaftsdachverband CTV (*Confederación de Trabajadores de Venezuela*) immer weniger repräsentiert fühlten. Sutra-Vivex gewann bei der ersten Belegschaftswahl im Betrieb nach der Neugründung 221 von 340 Stimmen.

Die neu gewählte Gewerkschaftsführung wurde direkt im Anschluss an ihre Wahl entlassen, ein Vorschlag für die Neuaushandlung eines Tarifvertrages wurde abgelehnt. Daraufhin wurde die Fabrik von den ArbeiterInnen besetzt. Nach einem dreiwöchigen Produktionsstillstand reagierte die Unternehmensleitung schließlich auf die Forderungen der ArbeiterInnen: Die entlassene Gewerkschaftsführung wurde wieder eingestellt, ein neuer Tarifvertrag wurde ausgehandelt, eine Trinkwasseranlage installiert und der Gewerkschaft wurde ein Krankenwagen zur Verfügung gestellt. Außerdem setzten die ArbeiterInnen sich mit ihrer Forderung durch, die Schichtenzuteilung an den Maschinen selbst zu bestimmen. Vorübergehend beruhigte sich dadurch die Situation in der Fabrik. Doch im November 2008 kündigte die Leitung vor versammelter Belegschaft an, ausstehende Löhne für 120 Arbeitstage einzubehalten, was Teil eines Planes war, der den Widerstand der Arbeiter brechen sollte. Im Anschluss an die Versammlung und durch den Protest der ArbeiterInnen verließ das komplette Führungspersonal den Betrieb und legte damit den Produktionsprozess auf administrativer Ebene still. Mit der neuen Situation konfrontiert, entschloss sich die Belegschaft auf einer Vollversammlung, den Betrieb erneut zu besetzen. Die Unternehmensleitung versuchte, die ArbeiterInnen, die aufgrund der ausstehenden Lohnzahlungen finanzielle Schwierigkeiten hatten, mit Abfindungszahlungen

Daten der Deutschlandtour von venezolanischen Gewerkschaftern aus umkämpften Betrieben vom 16. März bis 4. April:

- 15.3. Berlin: Politische Stadttour
- 16./17.3. Kiel, Die Pumpe, Haßstr. 22, 11 Uhr: Tagung mit skandinavischen Gewerkschaftern zu Modellen der Wirtschaftsdemokratie
- 18.3. Hamburg, Venezolanisches Konsulat, Johnsallee 30: Vernetzungstreffen der Venezuela-Soli-Gruppen
- 19.3. Hamburg, Centro Social, Sternstr. 2, 18.30 Uhr: Vortrag und Diskussion
- 22.3. Bergen-Belsen, 14 Uhr: Besichtigung der Gedenkstätte BB
- 22.3. Celle, Heimvolkshochschule Hustedt, Zur Jägerei 81, 19 Uhr: Vortrag und Diskussion
- 23.3. Köln, Naturfreundehaus Kalk, Kapellenstraße 9a: Vortrag und Diskussion
- 27.3. Mannheim, Gewerkschaftshaus, Hans-Böckler-Str. 1, 10 Uhr: Austausch mit Betriebsräten von Schlecker und Gewerkschaftssekretären
- 28.3. Darmstadt, Linkstreff Georg Fröba, Landgraf-Philipps-Anlage 32, 18 Uhr: Vortrag und Diskussion
- 29.3. Frankfurt, Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77, 19 Uhr
- 4.4. Berlin, Helle Panke, Kopenhagenerstr. 9, 19 Uhr: Vortrag und Diskussion

Lehrers zu seiner Verweigerung
Seminarleitung: Willi Hajek, N.N.

Zeit* & *Ort: *5. bis 9 März, Oedinghausen, Haus der Frauenstiftung*
Kontakt* & *Anmeldung: *Forum Eltern und Schule, Huckarder Str. 12, 44147 Dortmund, Tel. (0231) 14 80 11, ab-fesch@t-online.de*

Solidarische Ökonomie und Selbstverwaltungsgesellschaft

22. Jahrestagung der Loccumer Initiative

Mit dem Ausbruch der Finanzkrise hat sich die Suche nach theoretischen und praktischen Alternativen zur immer kurzatmigeren Politik einer Stabilisierung der globalen Ökonomie intensiviert. Dabei sind lange verschüttete Grundfragen wieder auf die Tagesordnung gesetzt worden, die konträr zu den überlieferten – und gescheiterten – Lösungsansätzen stehen. Denn vor dem Hintergrund der ökologischen Krise ist an einen sozialen Ausgleich in der Gesellschaft durch eine erweiterte ökonomische Expansion nicht zu denken. Mit der Debatte über die Post-Wachstums-Gesellschaft haben sich explizit wachstumskritische Positionen etabliert, deren Implikationen für die weiteren gesellschaftlichen Entwicklungen aber noch längst nicht durchdacht worden sind. Die Überlegungen, wie die zunehmenden soziale Ungleichheiten überwunden und die Belastungen für die Ökosysteme drastisch verringert werden können, stehen noch weitgehend am Anfang.
An Schärfe gewinnt die Debatte durch den Umstand, dass im Zuge der vorherrschenden Krisenpolitik fundamentale demokratische Rechte in Frage gestellt und damit alternative Lösungsansätze blockiert werden.
Von einer übergreifender Diskussion kann bisher kaum gesprochen werden; während in den Gewerkschaften und ihrem Umfeld die Diskussion um die Frage der Demokratisierung der Wirtschaft aktualisiert wird, wird in ökologischen und globalisierungskritischen Kreisen an die genossenschaftliche Tradition der alternativen Betriebe und der solidarischen Ökonomie angeknüpft. An beide Diskussionsstränge knüpfen sich eine Reihe von weitergehenden Fragen, mit denen wir uns befassen wollen:
Welche Schlüsse lassen sich aus den historischen Erfahrungen jenseits der gescheiterten Sozialismuskonzeptionen ziehen? Welche verallgemeinerungsfähigen Konzepte einer Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft sind vorstellbar? Wie viel einzelbetriebliche Autonomie ist möglich, wie viel gesamtwirtschaftliche Planung notwendig? Wie kann die demokratische Diskussion gesellschaftlicher Bedürfnisse organisiert und in die Produktion vermittelt werden? Auf welche Weise entstehen und verändern sich überhaupt Bedürfnisse und welche allgemeinen Kriterien lassen sich für ihre Befriedigung definieren? Welche sozialen und rechtlichen Voraussetzungen müssen dabei mitreflektiert werden?
Um diese und andere Fragen umfassend diskutieren zu können, haben wir uns entschlossen, entgegen akademischen Gepflogenheiten der Diskussion möglichst brei-

zur Kündigung zu bewegen – ein Angebot, auf das dennoch nur wenige eingingen. Der Plan der Unternehmungsleitung ging nicht auf. Schließlich kam es zum ersten Räumungsversuch durch die Polizei. Im Voraus wurden einzelne Polizisten bestochen, um ohne die notwendigen offiziellen Genehmigungen gegen die FabrikarbeiterInnen vorzugehen. Diese Fälle von Korruption sind in Venezuela leider üblich. Doch der erste Versuch scheiterte, da sich die Beschäftigten in ihrem Betrieb verbarrikadierten. Auch ein zweiter Versuch, bei dem es zu Handgreiflichkeiten kam, misslang. Parallel zu den Auseinandersetzungen bei Vivex wurde auch die benachbarte Mitsubishi-Fabrik besetzt (s.u.). Die organisierten ArbeiterInnen beider Fabriken unterstützten sich gegenseitig bei ihren Forderungen und konnten so mehr Druck auf ihre Leitungen ausüben. Bei einem dritten Räumungsversuch, der sich gegen die ArbeiterInnen der Mitsubishi-Fabrik richtete, wurden zwei Arbeiter der Mitsubishi-Fabrik von der Polizei erschossen. Dieser traurige Höhepunkt der Auseinandersetzungen in beiden Betrieben führte zu einer öffentlichen Diskussion auf lokaler wie auch auf nationaler Ebene. Den Forderungen der ArbeiterInnen wurde nun mehr Aufmerksamkeit geschenkt.

In den folgenden eineinhalb Jahren hielten diejenigen Teile der Belegschaft von Vivex, die nicht aus Geldnot anderweitig einen Job aufgenommen hatten, ihren Betrieb weiter besetzt und gründeten eine Kooperative. Diese Rechtsform ermöglichte es ihnen, Restbestände an Autoscheiben zu verarbeiten, zu verkaufen und in der Zeit bis zur Verstaatlichung Reparaturen vorzunehmen. Im Umkreis des Betriebs wurden kaputte Autoscheiben von öffentlichen oder privaten Transportmitteln durch neue ersetzt, insgesamt kam es zu einem verstärkten Engagement in den umliegenden Gemeinden. Die ArbeiterInnen gingen an Schulen und andere öffentliche Einrichtungen und ersetzten dort unentgeltlich kaputte Scheiben. In der Zwischenzeit kam es zu einem Rechtsstreit zwischen der alten Fabrikleitung und der neuen Kooperative, der letztlich durch die Verstaatlichung von Vivex im Juni 2011 beendet wurde.

Die Enteignung, so lässt sich zusammenfassen, wurde einerseits durch die ausdauernde politische Öffentlichkeitsarbeit der Besetzenden erreicht, andererseits fällt sie augenscheinlich mit dem Regierungsprogramm zur Entwicklung eines venezolanischen Automobilsektors zusammen.

Im Anschluss an die Verstaatlichung erfolgte eine umfassende Bestandsaufnahme zum Zustand der Fabrik durch die ArbeiterInnen. Sie hoffen nun darauf, Anfang 2012 die volle Produktion in Eigenregie wieder aufnehmen zu können. Dafür müssen die zuständigen Behörden ihre Bereitschaft, diesem lange vernachlässigten Sektor Unterstützung zu gewährleisten, noch unter Beweis stellen.

... und Mitsubishi

Schon während unseres ersten Besuchs in Barcelona 2009 wurde uns klar, dass der Kampf um bessere Arbeitsbedingungen nicht nur auf Vivex beschränkt war. Die erste Besetzung von Vivex im Jahr 2006 wirkte sich auf viele umliegende Fabriken aus. ArbeiterInnen der Autofabrik Mitsubishi, des damals noch privaten Milchproduzenten Los Andes, des staatlichen Erdgasversorgers PDVSA Gas und der Autositzfabrik Macussa solidarisierten sich mit den Belangen der Vivex-ArbeiterInnen. Im Mitsubishi-Werk existierten ähnliche Probleme wie bei Vivex: mangelnder Arbeitsschutz, unregelmäßige Lohnzahlungen und Outsourcing eines Teils der Belegschaft. Auch hier führte diese unternehmerische Praxis zu lautstarken Protesten. Unter dem Eindruck der vorangehenden Besetzung bei Vivex und der Entlassung von politisch aktiven Gewerkschaftsmitgliedern durch Mitsubishi wurde dort ebenfalls eine Vollversammlung einberufen. Von 893 anwesenden Angestellten sprachen sich 863 für eine Besetzung aus, nur 21 waren explizit dagegen und 9 enthielten sich.

Im Januar 2009 wurde eine Räumung der mehrwöchig besetzten Fabrik erwirkt. Bezeichnend für die versuchten Räumungen sowohl bei Mitsubishi als auch bei Vivex, war, dass die Räumungsbescheide von derselben Richterin ausgestellt wurden und von denselben Polizeieinheiten ausgeführt wurden. Im Nachhinein stellte sich heraus, dass die Richterin gute Kontakte zu den Unternehmensleitungen von Vivex und Mitsubishi hatte und dass die Polizeieinheiten durch Unbekannte bestochen worden waren. 2010 wurden 15 PolizistInnen wegen Mordes an den zwei Arbeitern José Javier Marcano und Pedro Suárez für schuldig befunden. Fünf von Ihnen wurden zu zwölf Jahren und neun Monaten Gefängnis verurteilt.

Nach der Besetzung des Mitsubishi-Werks wurde gezielt die Gewerkschaft von der Unternehmensleitung angegriffen. Fast die Hälfte aller Gewerkschaftsmitglieder, vor allem diejenigen, die sich bei der Besetzung engagierten, wurden entlassen. Gegen die Gewerkschaftsführung wurden Prozesse eröffnet, deren Ausgang noch nicht klar ist. Ihr werden Hausfriedensbruch, Sachbeschädigungen an Maschinen und tätliche Übergriffe gegen das Sicherheits- und Führungspersonal vorgeworfen. Unter den sieben Angeklagten befindet sich auch Felix Martinez, einer der beiden Referenten auf der Rundreise.

Die Referenten

Felix Martinez war seit 1999 bei Mitsubishi angestellt. Er ist Mitbegründer der Basisgewerkschaft Singetram, die sich seit 2006 ver-

Fortsetzung auf Seite 14 oben

gen und Ideen zum Aufbau einer solidarischen und demokratisch gestalteten Wirtschaftsordnung gehen. Wir wollen diskutieren, unter welchen Bedingungen es möglich ist, Arbeit in Fabriken zu organisieren, die nicht dem reinen Profitinteresse untergeordnet ist. Die Aktivisten Paolo Cumaná aus der Autoglasfabrik Vivex und Felix Martinez aus der Automobilfabrik Mitsubishi haben sich bereit erklärt, in Deutschland über ihre Erfahrungen beim Aufbau von Arbeiterräten (»Consejos de Trabajadores«) und von den Auseinandersetzungen in ihren Betrieben zu berichten. Seit den ersten Besuchen der beiden Fabriken haben wir ein enges Verhältnis zu beiden Aktivisten aufgebaut. Sie führten uns durch die Fabrikhallen, berichteten uns von der Geschichte der Fabriken, sie diskutierten mit uns über Perspektiven und Ausblicke ihres Kampfes. Zusammen mit ihnen organisierten wir auch den längeren Aufenthalt unserer Brigade im Sommer 2011 in Barcelona. Paolo und Felix waren von Anfang an Protagonisten der Kämpfe um einen selbstbestimmten Betrieb mit dem Ziel, Produktivität in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen und nicht in den Dienst von Partikularinteressen.

Auf den gemeinsamen Veranstaltungen soll es um einen tieferen Einblick in die gesellschaftlichen Verhältnisse Venezuelas gehen. Dabei sollen vor allem die Spannungsverhältnisse bzw. Konflikte betrachtet werden, die in den Betrieben zwischen den sich selbst organisierenden Arbeitern und den staatlichen sowie privaten Betriebsleitungen entstehen. Trotz der kulturellen und sozial-strukturellen Unterschiede erhoffen wir uns, Gemeinsamkeiten in den Forderungen und Kämpfen in Deutschland und Venezuelas herausarbeiten zu können, von denen beide Seiten profitieren können.

Bislang unterstützt die Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt, die Rosa Luxemburg Stiftung und die Alexander von Humboldt Gesellschaft das Projekt. Folgende Organisationen sind als Finanzierungs- und Kooperationspartner angefragt: Hans Böckler Stiftung, Stiftung Umverteilen, Stiftung Nord-Süd Brücken, Heinrich Böll Stiftung, Fraktionsstiftung »Die Linke«, Fraktion die Linke im Europaparlament, Amerika 21, junge welt, Berliner Tafel, attac, Avanti, DGB, Interventionistische Linke, Arbeitskreis Internationalismus IGM, Labournet, ver.di u.a.

Anmerkung:

1) ALBA ist die Abkürzung für die »Bolivarianische Allianz für die Völker unseres Amerika« (Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América), ein wirtschaftliches und politisches Bündnis von derzeit acht Staaten Lateinamerikas und der Karibik (u.a. Bolivien, Venezuela, Eduador, Nicaragua, Kuba), das eine Alternative zur von den USA geplanten gesamtamerikanischen Freihandelszone ALCA darstellen soll. Der Name geht auf die Ideen Simón Bolívars zurück, eines Generals im Kampf gegen die spanische Kolonialherrschaft, der sich Inspirationen für seine Vorstellungen eines unabhängigen Lateinamerika in den Schriften von Rousseau, Locke und Montesquieu holte.

ten Raum zu geben. Die Tagung soll daher den Charakter eines Workshops haben.

Aus dem Programm:

- Die aktuelle Krise des Kapitalismus und seine demokratischen Alternativen, Michael Krätke (Lancaster)
- Erfahrungen mit alternativen Betrieben in Deutschland, Gisela Notz (Berlin)
- Selbstverwaltete Produktions- und Verbrauchsketten und universitäre Unterstützungsstrukturen, Clarita Müller-Plantenberg (Kassel)
- Aktuelle Entwicklung solidarischer Ökonomien und ihre Vernetzung, Dagmar Embshoff (Verden)
- Organisation einer selbstverwalteten Gesellschaft zwischen Markt und demokratischer Planung, Gabriele Herbert (Frankfurt)
- Wirtschaftsdemokratie – Konzepte und aktuelle Diskussion, Alex Demirovic (Berlin)

Moderation: Thomas von der Vring

- »...will nicht so, wie ich wohl will« – Bedürfnisse jenseits von Askese, Ausbeutung und autoritärem Staat, Friederike Habermann
- (V)ermittelt – Bedürfnisse in der gesellschaftlichen Produktion, Stefan Meretz (Berlin)
- Zum Verhältnis von parlamentarischer und Rätedemokratie, Michael Buckmiller (Hannover)
- (Verfassungs-)rechtliche Voraussetzungen einer selbstverwalteten Gesellschaft, Andreas Fisahn (Bielefeld)

Veranstalter: *Loccumer Initiative Kritischer WissenschaftlerInnen in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Initiative e.V. / Rosa-Luxemburg-Stiftung Bremen und dem DGB Bremen/Elbe-Weser*

Zeit & Ort: *30. März bis 1. April, DGB-Haus Bremen, Bahnhofsplatz 22 – 28*

Information & Anmeldung: *Gregor Kritidis, Dieckbornstraße 10, 30449 Hannover oder loccumer.initiative@gmx.de*

Sprengversuche oder Donquichoterie?

Karl Reitter über Marx' Theorie der Befreiung – Diskussionsveranstaltung des express und der RLS

»Andrerseits, wenn wir nicht in der Gesellschaft, wie sie ist, die materiellen Produktionsbedingungen und ihnen entsprechenden Verkehrsverhältnisse für eine klassenlose Gesellschaft verhüllt vorfänden, wären alle Sprengversuche Donquichoterie.« (Karl Marx)

Marx hat keinen positiven Entwurf einer nachrevolutionären, nicht mehr kapitalistischen Gesellschaft geliefert.

Ränkeschmiede

»Es sind noch Broschüren da...«
Informativ und aktuell

No. 1 Kim Moody: »Rank-And-File Internationalism«. The TIE-Experience 2 Euro

No. 2 Jens Huhn: »Zurück in die Zukunft«. Geschichte u. Praxis betrieblicher Linker 5 Euro

No. 3 Heiner Köhnen: »Für eine neue Gewerkschaftspolitik«. Strategien CAW 5 Euro

No. 4 »Erklärung der CAW zur Schlanken Produktion« 2 Euro

No. 5 Heiner Köhnen: »Neue UnternehmensUNkultur«. Modellwerk GM-Saturn 5 Euro

No. 6 Heiner Köhnen: »Gewerkschaftliche Reformbewegungen in den USA«. New Directions innerhalb der UAW 5 Euro

No. 7 »Krise des Kapitals – Krise der Gewerkschaft?«. Elemente, Ansatzpunkte und Strategien für eine Anti-Konzessionspolitik 5 Euro

No. 8 Sam Gindin: »Ein neuer Beginn? Bemerkungen zur ArbeiterInnenbewegung am Ende des Jahrhunderts« 5 Euro

No. 9 »Grenzüberschreitungen«. Normalarbeit, prekäre Beschäftigung und Perspektiven gewerkschaftlicher Politik 5 Euro

No. 10 AFP e.V. / TIE e.V. / express-Redaktion: »Last Exit ver.di?« Sonderband 5 Euro

No. 11 Marsha Niemeijer: »Die Ontario Days of Action«. Mythos oder Grundstein einer neuen politischen Strategie 2 Euro

No. 12 Heiner Köhnen & Anne Scheidhauer: »Organising the Battlefield« Arbeiterinnen in den Freihandelszonen Sri Lankas 5 Euro

No. 13 Sam Gindin & Leo Panitch: »Schätze und Schund«. Eine Rezension 5 Euro

No. 14 McDonalds, Fnac, Virgin, EuroDisney, Arcade: »Das Solidaritätskollektiv: eine Erfahrung der etwas anderen Art«. Arbeitskämpfe und Organisationsversuche 5 Euro

No. 15 Willi Hajek: »Eisenbahnen in Europa: Wohin rollt der Zug?«. Für einen Öffentlichen Dienst anstelle von Privatisierung! 5 Euro

No. 16 Wolfgang Schaumberg: »Eine andere Welt ist vorstellbar? ...« Oder: Zur Aufgabe von postkapitalistisch orientierten Linken am Beispiel des Kampfes in Auto-Multis 5 Euro

No. 17 Redaktion express u.a.: »Baustelle China«. Eindrücke und Fragen einer Studien- und Begegnungsreise 10 Euro

No. 18 Anne Scheidhauer: »Schuften für unsere Kleider – und sonst nichts?«. Frauen in der Bekleidungsindustrie Bangladeschs 8 Euro

No. 19 Redaktion express: »Krise im Handel – Handeln in der Krise«. Erfahrungen, neue Ansätze und Wege – Reader zur Tagung 8 Euro

No. 20 Redaktion express: »Einblick auf verborgenes Terrain«. Diskussion über die DDR und 20 Jahre 1989 8 Euro

Zu beziehen über die Redaktion des express: express-afp@online.de, Tel. (069) 67 99 84

Fortsetzung von Seite 13 oben

stärkt gegen die sich verschlechternden Arbeitsbedingungen im Betrieb zur Wehr setzte. Seit 2008 engagierte sich Felix Martinez aktiv in dem Bündnis »*Movimiento para el Control Obrero*«, in dem VertreterInnen der besetzten Fabriken zusammenarbeiten und versuchen, ein landesweites Netzwerk von organisierten ArbeiterInnen staatlicher und bestreikter Fabriken aufzubauen, um Bewusstsein für die Notwendigkeit demokratischer Kontrolle in Betrieben zu schaffen. Die Forderungen der jeweiligen Fabriken sollen durch das Bündnis gegenüber den privaten Unternehmensleitungen, aber auch gegenüber den staatlichen Autoritäten vertreten werden. Aufgrund der Besetzung des Mitsubishi-Betriebs 2009 und seines gewerkschaftlichen Engagements wurde Martinez entlassen, doch er setzt sich weiterhin für die Mitsubishi-Beschäftigten und den Arbeiterrat von Vivex ein.

Paolo Cumaná ist seit 2000 bei Vivex angestellt. Er ist Gründungsmitglied der Gewerkschaft Sutra-Vivex. Über einen Kontakt der verstaatlichten Ventilfabrik Inveval, einer der ersten besetzten Fabriken Venezuelas, wurden wir an Paulo vermittelt, der uns in Barcelona empfing und mit der Situation bei Vivex vertraut machte. Er organisierte Zusammenkünfte mit den anderen ArbeiterInnen und den Gemeinderäten. Paolo Cumaná und Felix Martinez organisierten gemeinsam verschiedene Weiterbildungskurse für die ArbeiterInnen von Vivex und Mitsubishi. Die Kurse (Rechnungswesen, Selbstverwaltung und politische Grundbildung) haben das Ziel, den ArbeiterInnen einen Überblick über ihren eigenen Betrieb zu geben und Kompetenzen für dessen Führung zu vermitteln.

Revolution im

Said Hosseini* zu gesellschaftlichen der »arabischen Revolte«

Im ersten Teil seines Beitrages hatte Said Hosseini die gesellschaftlichen Strukturen und sozioökonomischen Rahmenbedingungen der Länder des sogenannten »Arabischen Frühlings« diskutiert. Im Folgenden nun wendet er sich den aktuellen Entwicklungen zwischen Säkularisierung und Islamisierung zu und bettet die aktuellen Wahlergebnisse in deren widersprüchliche Geschichte ein.

Aufgrund der unterschiedlichen, historisch-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen waren die Protestbewegungen von Anfang an nicht homogen. Das ist zum einen auf die Klassenstrukturen zurückzuführen und artikuliert sich zum anderen in den Forderungen der Protestierenden. Leider gibt es bis heute keine genauere Analyse der Klassenstruktur der Proteste, aber es lässt sich inzwischen – entgegen der gängigen Analyse – feststellen, dass die soziale Basis der Protestierenden keineswegs ausschließlich aus gut ausgebildeten Töchtern und Söhnen der »Mittelschicht« besteht. Dieser Begriff ist für eine Analyse ohnehin wenig tauglich, da die soziale Basis der sog. Mittelschicht komplizierter strukturiert ist, als es der Begriff suggeriert, und dieser zudem in diesen Ländern geradezu inflationär verwendet wird.

Festzuhalten ist, dass der Anteil junger Menschen aus den unteren sozialen Schichten mit geringer Schul- oder gar keiner Berufsausbildung an den Protesten genauso groß zu sein scheint wie der von jungen Menschen aus der Mittelschicht. Andere wichtige Träger der Proteste sind jene Arbeiter und Angestellten, die trotz Arbeit ihre Familien nicht versorgen und ihren Kindern keine Zukunft bieten können.[1] Unter den Arbeitern ist im Zuge der neoliberalen Umgestaltung von Staat und Gesellschaft die Anzahl der prekär Beschäftigten und Tagelöhner in den letzten Jahren rapide gestiegen. Eines der interessantesten Merkmale der Proteste ist jedoch ihr Ausgangspunkt: Sie sind überwiegend städtisch geprägt. Historisch ist das ein Novum, denn die bedeutendsten Protestbewegungen in der neueren Geschichte der arabischsprachigen Länder, die antikolonialen Bewegungen, hatten ihre soziale Basis überwiegend auf dem Land.

In der Gewichtung der politischen und sozialen Forderungen und den gesellschaftspolitischen Zielsetzungen bzw. Perspektiven lassen sich einige Differenzen sowohl innerhalb als auch zwischen den Protestbewegungen erkennen: Soweit man dies von hier aus einschätzen kann, waren für die Proteste in Tunesien, Ägypten und mit Einschränkung in Syrien die Armut und die krasse soziale Ungleichheit ausschlaggebend, die sich bald mit den Forderungen nach demokratischen Mitbestimmungsrechten verbunden haben. In Jordanien, Oman und – trotz der großen Jugendarbeitslosigkeit – Bahrain sowie in Libyen hatten die Forderungen nach politischen Reformen oder Veränderungen eine höhere Priorität. Im Jemen brachte ein Amalgam von sozialen, politischen, konfessionellen Forderungen die Protestbewegung ins Rollen. In Algerien ging es den Protestierenden von Anfang an mehr um die materielle Verbesserung ihrer Lebenslage als um unmittelbar politische Veränderungen – dort will scheinbar niemand eine politische Instabilität riskieren. Die schrecklichen Erfahrungen aus den 90er-Jahren, als der Terror der islamischen Dschihadisten und der Gegenterror des Staates den algerischen Alltag beherrschten, sind im allgemeinen Gedächtnis der AlgerierInnen noch (zu) lebendig.

Soziale Gerechtigkeit und Freiheit

Bezüglich der zwei Hauptforderungen »soziale Gerechtigkeit« und »Freiheit« lassen sich

Sein Werk ist wesentlich Kritik – allerdings mit konkreter Perspektive: Emanzipation und Befreiung sind zentrale Themen für Marx. Wie aber hängen diese und die Kritik zusammen und wie ist der Arbeitsprozess in diesem Zusammenhang zu verorten? Lassen sich dort die viel zitierten Spreng-Minen finden, von denen Marx in den »Grundrissen« spricht? Karl Reitter, Mitglied der Redaktion Grundrisse in Wien, ist seit Langem auf der Suche nach diesen Minen. Er hat Ende letzten Jahres mit seiner Studie »Prozesse der Befreiung. Marx, Spinoza und die Bedingungen des freien Gemeinwesens« eine Neuinterpretation des Marx'schen »Kapital« vorgelegt, in der er die Grundlagen einer substanziellen Theorie der Befreiung entwickelt und zeigen will, dass die Philosophie der Befreiung nicht zu trennen ist von den Bedingungen eines freien Gemeinwesens – und das eigentliche Anliegen von Marx wie Spinoza darstelle. Selbstredend steht damit auch das Verhältnis von Emanzipation und Staat zur Debatte.

Wir freuen uns auf die Gelegenheit, mit Karl Reitter über seine Thesen diskutieren zu können, und laden herzlich ein. Um eine kurze, formlose Anmeldung wird gebeten.

Zeit & Ort: *21. März, 19.30 Uhr, Veranstaltungsraum von RLS Hessen und express/AFP e.V., Niddastraße 64, Vorderhaus, 4. OG, Frankfurt/Main*
Information & Kontakt: *AFP/express, Tel. (069) 67 99 84, Email express-afp@online.de*
Veranstalter: *Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen, express – Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, Arbeitsgemeinschaft für Politische Bildung (AFP e.V.), Verein zur Förderung demokratischer Arbeitsbeziehungen und sozialer Gerechtigkeit*

Transnationale Konzerne und Gewerkschaftliche Kämpfe

Internationale Kolumbien-Tagung von BaSo, Multiwatch und Sinaltrainal

Während die Bundesregierung das »günstige Investitionsklima« in Kolumbien lobt, vollzieht sich dort eine durch systematischen (para-)militärischen Terror flankierte neoliberale Umstrukturierung und eine Umverteilung von unten nach oben. Überwiegend transnationale Konzerne beuten die wertvollen Ressourcen des Landes aus. Sie profitieren von einer stetig weitergetriebenen Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse, der Schwächung und Zerschlagung der Gewerkschaften und der Vertreibung der Landbevölkerung, die es ihnen ermöglicht, hohe Gewinne zu erzielen und diese außer Landes zu schaffen. GewerkschafterInnen und Bauernorganisationen stellen sich der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft, dem Ausverkauf gesellschaftlicher Güter und der Vertreibung von ihrem Land entgegen. In keinem anderen Land werden mehr GewerkschafterInnen ermordet.

Prozess

Hintergründen / Teil II

nach wie vor zwei Haupttendenzen innerhalb der Protestbewegungen ausmachen: zum einen eine liberale, die für eine »echte« freie Marktwirtschaft sowie für politische Freiheitsrechte der BürgerInnen eintritt und unter »Gerechtigkeit« Chancengleichheit und somit die Abschaffung von Vetternwirtschaft und Privilegien der Staatseliten versteht. Die andere Tendenz wird von den wohlfahrtsstaatlich oder staatssozialistisch orientierten Strömungen vertreten, die ebenfalls Korruption und Vetternwirtschaft für große Hindernisse halten, aber unter Gerechtigkeit vor allem die gerechte (Um)Verteilung der materiellen Reichtümer verstehen. Ihre Perspektive geht im Großen und Ganzen über einen starken Sozialstaat nicht hinaus. Dabei bilden die tatsächlich erlebten oder überlieferten, aber auch idealisierten Zeiten des »Arabischen Sozialismus« einen historisch naheliegenden Bezug.

Während die gesellschaftliche Perspektive der Protestbewegungen insofern momentan nur in groben Zügen zu skizzieren ist, erscheint die politische Perspektive der Protestierenden hingegen expliziter. Bei der Mehrheit der Protestierenden in Marokko und Jordanien bewegt sie sich im Rahmen einer Reform der konstitutionellen Monarchie. Die Protestierenden fordern daher weitere konstitutionelle Einschränkungen bezüglich der Entscheidungsbefugnisse des Monarchen, die Erweiterung der Mitbestimmungsrechte und den Ausbau der repräsentativen Institutionen. In anderen arabischen Monarchien – wie Saudi-Arabien, Kuwait und Oman – sind die politischen Forderungen oppositioneller Gruppierungen noch bescheidener: Eine konstitutionelle Reform der Monarchie ist dort momentan nicht mehrheitsfähig. Eine Ausnahme bildet hier einzig die Protestbewegung in Bahrain: Die Mehrheit der Protestierenden, insbesondere die jüngere Basis, strebt nach einer Abschaffung der Monarchie.

In den Ländern mit republikanischer Staatsform zielen die Protestbewegungen immer noch auf den Widerspruch zwischen der Form und der Realität dieser Staaten. Das Volk galt in diesen Pseudorepubliken nie als der einzige und alleinige Souverän, de facto waren dies die herrschenden Parteien und Machteliten. Mit Ausnahme von Tunesien besteht dieses Verhältnis – auch in Ägypten nach der ersten freien Parlamentswahl – fort.

Nach dem großen Wahlsieg der islamischen und islamistischen Parteien in Ägypten, Marokko und Tunesien wurde nicht nur in den westlichen Medien sofort wieder die alte Frage nach der »Demokratiefähigkeit« der arabischsprachigen Gesellschaften bzw. nach dem Demokratieverständnis der protestierenden Akteure gestellt. Vergessen wird dabei oft, dass es hier um einen gerade begonnenen gesellschaftlichen Veränderungsprozess geht, der für alle Beteiligten zunächst vor allem ein Erkenntnis- und Aufklärungsprozess ist. Die sozialen Kämpfe gehen aus der ›nackten Realität‹ hervor und setzen sich damit auseinander – zunächst ohne explizite Rücksicht auf ›große Theorien‹. Das sogenannte Demokratieverständnis oder die Staatsvorstellung sind auch bei »Arabern« nicht frei von gesellschaftlichen Bestimmungen, d.h. den Erfahrungen der Menschen mit bisherigen politischen Herrschaftsformen und sozio-ökonomischen Strukturen. Ein säkularer Staat westeuropäischer Prägung findet bei den Protestierenden derzeit keine Mehrheit[2] und hat in fast allen diesen Ländern (noch) keine hinreichenden gesellschaftlichen Voraussetzungen.

Die islamische Religion gilt in vielen dieser Staaten als »Staatsreligion«. Ihre Rechtsnormen (*scharia*) wurden von den Verfassungen als *die* Hauptquelle oder als eine der Hauptquellen der Gesetzgebung anerkannt. Wenn auch einige arabische Staaten wie Ägypten und Tunesien ein lockeres Verhältnis zum Islam haben, waren sie doch nie säkulare Staaten. Darüber hinaus hat dort der Islam oder die Religion überhaupt nach wie vor soziale wie kulturelle Funktionen.

Es wäre unkritisch und unhistorisch, den Prozess der Säkularisierung in Europa hier einfach als Maßstab anzulegen. Die arabischsprachigen Länder haben vielmehr ihre eigene (säkulare) Entwicklung zu durchlaufen. Wie die jüngste Entwicklung in Ägypten und Tunesien zeigt, ist dieser Weg nicht frei von Rückschlägen und Widersprüchen. Sie belehrt uns und bestätigt wieder, dass es in einer revolutionären, gesellschaftlichen Krise immer auch möglich ist, dass gerade diejenigen Kräfte an die politische Macht gelangen, die während der Revolte nur eine marginale Rolle gespielt haben. Doch wenn man davon ausgeht, dass nach wie vor kein Automatismus zwischen der Rückbesinnung auf den Islam – eine Tendenz, die seit den letzten zwanzig Jahren u.a. in Ägypten, Tunesien und Syrien zu beobachten ist – und der Erstarkung der islamistischen Bewegungen bzw. des politischen Islam überhaupt besteht, ist diese Entwicklung nicht sehr spektakulär. Der Bezug auf den Islam oder auf sog. islamisch-traditionelle Werte, mit denen islamistische und islamische Gruppen sich profilieren, hat nicht nur kulturelle, sondern vor allem auch soziale Komponenten. Im Unterschied zur Interpretation vieler linker oder bürgerlich-liberaler Intellektueller, die dieses Phänomen nur auf den identitätsstiftenden, kulturellen Protest verzweifelter Menschen gegen die Ideologien und Lebensweisen der »dekadenten« Staatseliten reduzieren, haben die islamischen Kräfte den sozialen Gehalt der Rückbesinnung auf den Islam erkannt und in den politischen Auseinandersetzungen mit den jeweiligen Regimes betont. Die fortschrittlichen Kräfte scheinen wieder vergessen zu haben, dass auch in den arabischsprachigen Gesellschaften das »*religiöse* Elend« »Ausdruck des wirklichen Elends« und zugleich »die *Protestation* gegen das wirkliche Elend« ist.[3]

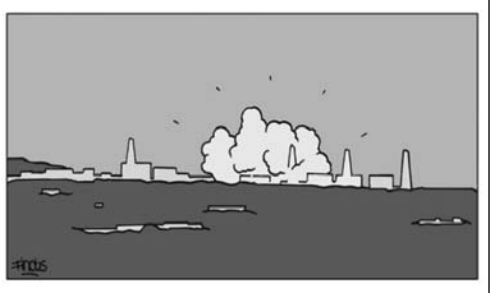
Hinsichtlich des Wahlerfolgs der islamischen und islamistischen Partien ist – ohne uns in die Analyse der gegenwärtigen Situation in Ägypten oder Tunesien vertiefen zu wollen – auch auf zwei Momente hinzuweisen, denen in vielen Analysen hierzulande wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde: Zum einen beruhen die Popularität und der Wahlerfolg dieser Parteien auf der jahrzehntelangen Unterdrückung durch die Regimes und nicht zuletzt auf ihrer gut organisierten sozialen Arbeit in den Elendsvierteln. Zum anderen geht ihr Wahlerfolg auf die geringe oder gar nicht vorhandene demokratische Tradition, auf die Macht der traditionellen und patriarchalen Strukturen zurück. Diese Rahmenbedienungen kommen – auch in einer Umbruchsituation wie der gegenwärtigen – am ehesten den konservativen bzw. traditionalistischen, gar antiemanzipatorischen Kräften zugute, nicht unbedingt den fortschrittlich emanzipatorischen. Im Gegensatz zu den islamischen und islamistischen Kräften hatten letztere – nicht nur wegen jahrzehntelanger Repression – bis jetzt weder nennenswerte Möglichkeiten, den gesellschaftspolitischen Diskurs zu bestimmen, noch tragfähige Infrastrukturen, um die soziale Mobilisierung aufzubauen.

Die Bedeutung dieser in einigen Ländern andauernden Proteste reduziert sich aber nicht auf die gegenwärtigen Ereignisse und ihr Potenzial erschöpft sich auch nicht in den besagten Wahlergebnissen. Ihre Bedeutung liegt auch nicht darin, dass sie frei von Ideologien seien – eine Einschätzung, die von vielen Berichterstattern, besonders in den Anfangsphasen der Proteste, erfreut kolportiert wurde. Frei von Ideologien, Illusionen oder Idealen sind weder die gegenwärtigen,

Fortsetzung auf Seite 16

graswurzel revolution

Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft



www.graswurzel.net

Probeheft kostenlos. Abo: 30 Euro (10 Ausgaben)
GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11, D-53947 Nettersheim. Tel.: 02440/959-250, Fax: -351, abo@graswurzel.net

GWR Nr. 367, März: Schwerpunkt: Ein Jahr Fukushima – wo geht's zum Atomausstieg?; Der Iran und die Gefahr eines neuen Krieges. Interview mit Mohssen Massarrat; Neu im Handel: Euthanasie!; Spitzeleinsatz gegen die linke Szene in Heidelberg,, u.v.m.

Leserliches

Die Mikrofinanz-Industrie

Publikation von Gerhard Klas

Wer denkt bei dem Stichwort Mikrokredite nicht an Bangladesh, Armutsbekämpfung, Gemeinwohl? Das positive Image der Mikrokredite als Strategie gegen Armut hält sich bis heute. Nicht zuletzt wegen Muhammad Yunus, über den Entwicklungsminister Dirk Niebel sagt, er habe »mit der Grameen Bank vorgemacht, dass man auch mit ganz armen Menschen nachhaltige Bankgeschäfte tätigen kann«. Dafür bekam Yunus 2006 den Friedensnobelpreis.

So weit die Legende. Weniger bekannt ist die Kehrseite der Mikrofinanz-Industrie. Es handelt sich um ein Geschäftsmodell, das Gemeinschaften in vielen Ländern in die Überschuldung treibt. Die Folgen sind psychosozialer Druck, Pfändung und Enteignung bis hin zu Suizid. Dabei sollte schon eine einzige Zahl genügen, um den Glauben an die wohltätige Wirkung der Mikrofinanz zu verlieren: 38 Prozent. So hoch sind die effektiven Zinssätze für Mikrokredite im weltweiten Durchschnitt.

»Mit dem Buch ›Die Mikrofinanz-Industrie‹ des Kölner Journalisten Gerhard Klas ist ein umfassendes kritisches Porträt des globalen Kleinkreditsektors auf Deutsch erschienen. Klas lässt, im Gegensatz zu vielen sonstigen Berichten, vornehmlich Akteure aus dem ›globalen Süden‹ sprechen, was teils ungeahnte Fragen aufwirft. Sein kritischer Blick, der konsequent die Schattenseiten beleuchtet, wird vielen Lesern zwar nicht gefallen. Aber er belegt eindrucksvoll, wie sich die Situation an der Basis von den in reichen Ländern verbreiteten Positivnachrichten unterscheidet« (Mikrokredite auf dem Prüfstand, *Börsen-Zeitung*, 3. Januar 2012).

Der Autor steht für Lesungen und Diskussionsveranstaltungen zur Verfügung. Anfragen sowie Anforderung von Rezensionsexemplare bitte über: berlin@assoziation-a.de

Bezug & Information: *Gerhard Klas: Die Mikrofinanz-Industrie – Die große Illusion oder das Geschäft mit der Armut, ISBN 978-3-86241-7, 320 S., 19,80 Euro, www.assoziation-a.de*

● Wie können Gewerkschaften in Kolumbien angesichts brutaler Repression den transnationalen Konzernen die Stirn bieten? Welche Rolle spielen diese Unternehmen bei der Verfolgung von GewerkschafterInnen? Wie können wir soziale Kämpfe weltweit vernetzen, auch hier Druck aufbauen und die internationale Solidarität vertiefen? Das sind die Fragen, die wir gemeinsam bei der Tagung in Wuppertal thematisieren möchten.

Wir können eine andere Welt gemeinsam schaffen, wenn an vielen Orten in der Welt gemeinsam gegen Unterdrückung und Ausbeutung vorgegangen wird.

Vertreter der kolumbianischen Gewerkschaften Sinaltrainal (Lebensmittelbereich) und USO (Erdöl) sowie AktivistInnen aus anderen europäischen Ländern stehen für den gemeinsamen Austausch zur Verfügung. Darüber hinaus sollen europäische Konzerne unter die Lupe genommen werden, die in Sachen Arbeits- und Menschenrechte immer wieder ins Gerede gekommen sind, und Themen wie Leiharbeit, prekäre Arbeitsverhältnisse und die kapitalistische Krise besprochen werden.

Veranstalter: *Basisinitiative Solidarität (BaSo) Deutschland, Multiwatch Schweiz, Sinaltrainal Kolumbien; mit Unterstützung von Labournet Germany, Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt, RLS NRW, Informationsstelle Lateinamerika (ILA), Lateinamerika-Nachrichten, attac Wuppertal, Jour Fixe Hamburg, kanalB, u.a.*
Zeit & Ort: *31. März und 1.April, Alte Feuerwache, Gathe 6, Wuppertal*
Information & Anmeldung: *confwup@aol.com, www.baso.info*

Fortsetzung von Seite 15 oben

noch werden es die künftigen Bewegungen sein.

Die neue historische Qualität der Proteste scheint vielmehr vor allem darin zu bestehen, dass sie sich als praktische Kritik der Unterdrückten gegen das Staatsverständnis und die Gesellschaftsvorstellung zweier alter Ideologien richten, nämlich gegen den »Panislamismus« und den »Panarabismus«. Diese Ideologien, die später von islamistischen bzw. islamischen, völkischen oder rechtsnationalistischen Strömungen beerbt wurden, haben die früheren sozialen Bewegungen und die gesellschaftspolitischen Diskurse in der postkolonialen Geschichte der arabischsprachigen Länder ebenso geprägt wie deren soziale und politische Machtstrukturen. Dass die großen islamischen Parteien in Ägypten und Tunesien, die *Ekhwan-ul-Muslemin* und *Ennada*, sich allmählich von ihren ursprünglichen Konzepten verabschieden und dem türkischen Modell der islamischen AKP annähern, ist auf die gesellschaftlichen Veränderungen in den letzten Jahren und ihre Fähigkeit, sich diesen anzupassen, sowie auf die gegenwärtigen sozialen Proteste zurückzuführen – auch darin liegt ein Grund für ihren Wahlsieg. Schauen wir uns diese Wandlung genauer an:

Panislamismus und Panarabismus

Die Geburtsstunde des Panislamismus und des Panarabismus liegt am Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts. Als geistiger Vater des ersteren gilt der Iraner Jamaledin Assadabadi, bekannt als »Al-Afghani«, und als der des letzteren der syrische Intellektuelle Sati Husari. Die koloniale Unterwerfung der islamischen Länder führte zu einer umfassenden gesellschaftlichen und politischen Krise. Die ideologischen Explikationen für ein antikolonial-nationales Gegenprojekt lieferten die panarabischen und panislamischen Intellektuellen: Sie konstruierten je nach Ausrichtung eine arabische bzw. eine islamische Welt, die sich auf eine gemeinsame Sprache, Kultur, Identität und Religion stützen und somit historisch wie »mental« eine vollkommene Einheit darstellen soll. Obwohl der Panarabismus bzw. der arabische Nationalismus immer eine säkulare Tendenz vertrat, so dass er für viele nicht-muslimische Araber ein emanzipatives Modell darstellte, sahen seine Theoretiker (wie etwa der Mitbegründer der syrischen Baath-Partei, Michel Aflaq) den Islam als natürlichen Verbündeten bzw. als einen festen Bestandteil ihrer Ideologie an, der der »arabischen Nation« das Überleben sichern sollte.[4]

Das gemeinsame Ziel des Panarabismus und Panislamismus war die Vereinigung der arabischsprachigen und islamischen Welt, jenseits nationaler Grenzen und Besonderheiten sowie jenseits der konkurrierenden islamischen Rechtsschulen bzw. Konfessionen. Nach den erfolgreichen Befreiungskämpfen bzw. der Entkolonialisierung kamen die panarabischen Parteien – z.B. in Ägypten, Tunesien, Syrien, Jemen und Libyen – an die Macht. Der Panarabismus wurde damit zur Staatsideologie. Zwar gaben alle oben genannten Staaten – außer Jemen und Libyen – bereits ab den 70er-Jahren allmählich das soziale und ökonomische Programm des Panarabismus, also das Konzept des Arabischen Sozialismus, auf. Doch keiner von ihnen verzichtete auf die autoritäre Staatsform und auf die antikoloniale und völkische Rhetorik des Panarabismus. Hingegen gelang es dem Panislamismus weder in diesen noch in allen anderen arabischsprachigen Ländern, politisch an die Macht zu kommen. Die panislamischen bzw. die jetzigen islamischen und islamistischen Parteien (wie z.B. die *Ekhwan-ul-Muslemin* und die *Al-Noor* in Ägypten oder die *Ennada* in Tunesien) stellten und stellen somit die wichtigsten Strömungen der Opposition vor allem in den oben genannten Ländern dar.

Doch ob als herrschende Machteliten oder als Teil einer Opposition haben die panarabischen und panislamischen Parteien in den letzten Jahrzehnten demokratische Bewegungen, progressive Strömungen und Ideen entschieden bekämpft und brutal unterdrückt: die panarabischen Machteliten mit staatlichen Repressionsmitteln und die Panislamisten durch gesellschaftliche Sanktionen, Diffamierung und Diskriminierung. Die Bekämpfung der linken und fortschrittlichen Kräfte erfolgte also entweder im Namen der Verteidigung der »nationalen Souveränität« und der Bewahrung der »nationalen Einheit« oder im Namen des Kampfes der Muslime gegen die »verwestlichten« und »ungläubigen« Intellektuellen und Strömungen, die die »Gemeinschaft der Gläubigen« (*umma*) kulturell verderben bzw. besiegen wollen und mit dem imperialistischen Westen gemeinsame Sache machen.

Teile der gegenwärtigen Protestbewegungen wenden sich nun, indem sie für eine rechtsstaatlich demokratische Umwälzung der Machtverhältnisse, für eine sozial gerechte Umverteilung des materiellen wie kulturellen Reichtums und für Chancengleichheit eintreten, in der Konsequenz gegen die Grundüberzeugungen und Praktiken der beiden Ideologien: gegen ein rechtskonservatives bis reaktionäres Verständnis des Islam, das jegliche aufklärerische Idee und Erneuerung als Häresie brandmarkt; gegen einen offiziellen Antiimperialismus, der keine Elemente emanzipatorischer Gesellschafts- und somit Kapitalismuskritik enthält und gegen einen Begriff nationaler Souveränität, der sich im Gegensatz zu Volkssouveränität definiert und in seiner gesamten praktischen Geschichte ausschließlich den Interessen und dem Machterhalt der konkurrierenden Staatseliten gedient hat. Indem die Protestierenden sich gegen die bestehenden Verhältnisse in ihren eigenen Ländern richten bzw. sich mit ihren eigenen Problemen beschäftigen, distanzieren sie sich implizit, ohne unsolidarisch zu werden, nicht nur von der abstrakten, von den Machthabern oftmals missbrauchten »arabischen Brüderlichkeit« und von der vermeintlichen Einheit der arabischsprachigen Welt. Sie tragen damit maßgeblich auch dazu bei, dass die Innenpolitik wieder stärker als früher in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zurückkehrt. Dies ist einer der zentralen Aspekte dieser Bewegungen.

Denn erst durch die Beschäftigung mit den Widersprüchen der eigenen Gesellschaft entsteht eine der Bedingungen der Möglichkeit zur langsamen Entfaltung einer emanzipativen Gesellschaftskritik, die Potenziale besitzt, die lokale Perspektive der sozialen Akteure mit der globalen zu verbinden. Das heißt aber, die sozialen Kämpfe vom immer noch herrschenden, pseudo-antiimperialistischen, nationalistisch bornierten und kulturalistischen Diskurs zu befreien und ihnen dadurch die Möglichkeit zu geben, sie mit den globalen Kämpfen für (mehr) Demokratie und gegen die Verwertungslogik des Kapitals zu verbinden. Momentan sind sie von dieser Perspektive noch weit entfernt.

Die gegenwärtige Situation der arabischsprachigen Länder ist weder mit dem Iran vor der sog. Islamischen Revolution 1979 noch mit der Situation der osteuropäischen Gesellschaften im Jahre 1989 vergleichbar. Sie besitzt eine eigene Dynamik und eigene Strukturen. Die gegenwärtigen Umbrüche stellen eine historische Zäsur in der neueren arabischen Geschichte dar. Dies ist ein Prozess, der vielfältige Entwicklungstendenzen aufweist und in den kommenden Jahren unterschiedliche Szenarien, von graduellen Veränderungen bzw. Reformen bis hin zu Umstürzen, denkbar macht. Von Bedeutung sind daher nicht so sehr die unmittelbaren (Wahl-)Erfolge, Niederlagen oder Ereignisse, sondern vielmehr die historischen Voraussetzungen für die künftige gesellschaftliche Umwälzung, die aus diesen Kämpfen allmählich hervorgehen bzw. durch sie erst entstehen. Die sozialen Kämpfe und Proteste, ob in Ägypten und Syrien oder in den anderen Ländern der arabischsprachigen Welt, besitzen noch viel Wucht und Entfaltungsmöglichkeiten. Die arabische Revolte ist daher eine Revolution im Prozess. Darin liegen ihre Chancen und auch ihre welthistorische Bedeutung. Es gibt also noch viele »Minen« in den arabischsprachigen Gesellschaften, die die jetzigen wie auch die künftigen Rebellen zu entdecken und zu zünden haben.

** Said Hosseini ist Soziologe und promoviert über den Iran nach 1979; er lebt in Frankfurt am Main.*

Anmerkungen:

1) *Dazu Alain Gresch: »Jenseits von Tahrir. Die Rolle der ägyptischen Arbeiterbewegung in der Revolution«, Le Monde diplomatique, August 2011; Werner Ruf: »Die tunesische Revolution«, inamo – Sonderheft, Frühjahr 2011*
2) *Für Ägypten siehe die beiden Artikel von Chérifa Magdi: »Das Gewicht von sechzig Jahren«, in: Kommune. Forum für Politik, Ökonomie, Kultur, Nr. 3/2011; und: »Der historische Kompromiss. Die politische Lagerbildung in Ägypten«, in: Kommune, Nr. 4/2011*
3) *Karl Marx: »Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie (Einleitung)«, in: MEW Bd. 1, Berlin 1976, S. 378*
4) *Vergleiche Hicham Ben Abdallah El Alaoui: »Die arabische Sehnsucht. Verschiedene Wege zu Einheit, Stärke und Recht«, in: Le Monde diplomatique, September 2009*

In den nächsten Ausgaben: Mafiöse Machenschaften bei Maredo ● Spital statt Fabrik ● Organizing im Bankenviertel ● Prekäre Arbeit in China und Deutschland – ein Vergleich ● Entgeltstrukturreform – Interventionen ● SEIU: Organizing bei Sodexo

Nächster Redaktionsschluss 25. März 2012

Neue Prämien für neue Abos

Für jedes neu geworbene Jahresabonnement gibt es eine der folgenden Prämien (bitte ankreuzen)

- ☐ *Flying Pickets (Hg.):* »... auf den Geschmack gekommen. Sechs Monate Streik bei Gate Gourmet«, Hamburg 2007
- ☐ *Wolfgang Schaumberg:* »Eine andere Welt ist vorstellbar? Schritte zur konkreten Vision ...«, Ränkeschmiede 16, Offenbach 2006
- ☐ *Andrea Gabler:* »Antizipierte Autonomie. Zur Theorie und Praxis der Gruppe ›Socialisme ou Barbarie‹«, Hannover 2008
- ☐ *Kirsten Huckenbeck, Anton Kobel, Uli Wohland:* »Kampagnen. Eine Kampfform der Gewerkschaften und sozialen Bewegungen«, Frankfurt 2007

Ich bin *express*-AbonnentIn und habe nebenstehende/n neue/n LeserIn geworben.
Meine Anschrift:

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Abonnement

Ich abonniere den *express*

- ☐ zur Probe 4 Nummern zum Preis von 10 Euro (nur gegen Vorkasse in Form von Briefmarken, V-Scheck oder bar);
- ☐ für 1 Jahr zu nebenstehenden Bedingungen.

Ich zahle
- ☐ mein Jahresabonnement (35 Euro)
- ☐ meine Fördermitgliedschaft (60 Euro)
- ☐ mein ermäßigtes Abo (18 Euro) – Beleg beifügen
- ☐ mein Hartz IV-Abo (12 Euro) – Beleg beifügen

- ☐ gegen Rechnung
- ☐ bar oder mit Scheck

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Email

Datum 1. Unterschrift

Diese Vereinbarung kann ich innerhalb von vier Wochen bei der AFP widerrufen:

2. Unterschrift

Impressum

Herausgeber: AFP e.V., »Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der politischen Bildung« e.V.
Redaktionsanschrift: express-Redaktion
Niddastraße 64, 60329 Frankfurt a.M., Tel. (069) 67 99 84,
email: express-afp@online.de, www.express-afp.info,
www.labournet.de/express
Erscheinungsweise: 10 Ausgaben/Jahr
Bezugspreise: Einzelheft 3,50 Euro; Jahresabonnement 35 Euro, erm. 18 Euro (Studierende, Auszubildende) und 12 Euro (Hartz IV Spezial-Abo) – einschl. Versandkosten.
Bankverbindung:
AFP, Sparda-Bank Hessen eG,
Kto.-Nr. 3 95 00 37 (BLZ 500 905 00);
Zusatz Ausland: iban: DE28 5009 0500 0003 9500 37,
swift: GENODEF1S12
Abbestellungen müssen bis spätestens 30.9. vor Ende des Kalenderjahres bzw. 3 Monate vor Ablauf des Bestellzeitraumes schriftlich erfolgen.
Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Mit Namen gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
ISSN: 0343-5121
V.i.S.d.P.: Kirsten Huckenbeck, Frankfurt
Layout/Satz: Birgit Letsch, Hanau
Druck: Caro Druck GmbH, Frankfurt